

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 229 · 20. JAHRGANG · AUSGABE 2/2014 VOM 11. FEBRUAR 2014 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Gewerkschaft
zum Abgewöhnen**

ver.di-Hauptamtlicher spielt wilde Sau

8 | **Laudatio auf einen
Ausgestoßenen**

Streit bei Bündnis 90/Die Grünen

12 | **Zur Krise
in der Ukraine**

Eigenständige Lösung erforderlich

Gutsbesitzererben *profitieren*



Die bundeseigene Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) privatisiert seit 1992 die einst volkseigenen land- und forstwirtschaftlichen Flächen der DDR. Im Vordergrund stand lange Zeit die leicht vergünstigte Veräußerung von Flächen an ortsansässige Firmen, LPG-Nachfolgebetriebe und Familienunternehmen. Doch das ist Vergangenheit.

Bisher sind rund 1,42 Millionen Hektar des einst volkseigenen Landes privatisiert worden. Im Bestand der BVVG sind noch mehr als 225.000 Hektar Acker- und Grünland sowie 330.000 Hektar Forst.

Dem kürzlich veröffentlichten BVVG-Jahresbericht für 2013 ist zu entnehmen, daß vorrangig die Interessen der sogenannten Alteigentümer befriedigt wurden. Zu den Alteigentümern dürfen sich auch die Urenkel oder andere entfernte Verwandte der im Zuge der Bodenreform ab 1945 enteigneten Grundbesitzer zählen. Ihnen wird erlaubt, rund 30 Hektar Acker- und Wald zu Spottpreisen zu erwerben. Eine Pflicht, daß die Erwerber in der Land- oder Forstwirtschaft tätig sein müssen, gibt es nicht mehr. Lediglich 60 Prozent des Verkehrswertes von Anfang 2004 wird beim Verkauf an die Alteigentümer-Erben in Rechnung gestellt.

Wenn sich Nachkommen des früheren Landadels hier als Landwirte betätigen, wie beispielsweise der CDU-Bundestagsabgeordnete von der Marwitz, dann ist das tolerierbar. Doch mittlerweile verkommt der Bodenverkauf an die Erben der enteigneten Großgrundbesitzer zur offenen Verschenkaktion.

Grundlage ist das sogenannte Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) und das im Februar 2011 im Bundesrat verabschiedete Zweite Flächenerwerbsänderungsgesetz. Nach Aussage des BVVG-Geschäftsführers Wilhelm Müller, sind im letzten Jahr insgesamt 36.000 Hektar Acker- und 15.000 Waldflächen verkauft worden, davon gingen 15.800 bzw. 11.700 Hektar an Alteigentümererben. Der Reingewinn der BVVG von 436 Millionen Euro lag 17 % über dem Plan. Das liegt an den weiter gestiegenen Bodenpreisen, die gegenüber 2012 um 12 % zulegten. Normale Käufer zahlten durchschnittlich 15.000 Euro je Hektar Acker oder Wald. Die Erben der enteigneten Gutsbesitzer hingegen kamen mit 2.355 Euro je Hektar davon.

Das ist eine lukrative langfristige Geldanlage, denn in fünfzehn Jahren dürfen die Flächen weiterverkauft werden. Schon nach jetzigen

Preisen können die Erben mit einer jährlichen Rendite von mehr als 13 % rechnen. Allerdings ist auch künftig mit kräftigen Preissteigerungen für den Boden zu rechnen, so daß weit höhere Gewinne locken.

Durch die Bevorteilung der Alteigentümererben gingen dem Fiskus bisher mehr als 700 Millionen Euro an Einnahmen verloren. Genau genommen gingen diese Gelder aber nicht dem bundesdeutschen Fiskus, sondern den ehemaligen DDR-Bürgern verloren. Und nicht nur das. Unter Zugrundelegung aktueller Preise sind es mehr als 20 Milliarden Euro, die dem BRD-Staatshaushalt aus einstigem Volkseigentum der DDR zuflossen. Oder eben an die Erben der nicht ohne Grund enteigneten Gutsbesitzer verschenkt wurden.

Eine langfristige Verpachtung an die Landwirte, die die Flächen bewirtschaften, sehen die vorgegebenen »Privatisierungsgrundsätze« nicht vor. Viele Betriebe, die sich den Kauf nicht leisten können, werden in den nächsten Jahren einen großen Teil ihrer Flächen verlieren. Wer in den vergangenen Jahren noch einmal einen neunjährigen Pachtvertrag abgeschlossen hat, verzichtete damit endgültig auf die Möglichkeit zum Direkterwerb der Flächen, die nach Ablauf der neun Jahre auf dem freien Markt feilgeboten werden.

Die Vergabe der Geschenkgutscheine an die Alteigentümererben ist bei allem Ärger eher ein geringes Übel. Die Lobby der kleinen Familienbetriebe, die in Brandenburg u.a. in dem aus Bayern nach Brandenburg gekommenen grünen Landtagsabgeordneten Axel Vogel repräsentiert wird, agitiert allgemein gegen die industrielle Landwirtschaft und im besonderen gegen die LPG-Nachfolger. Mit ihrer Polemik gegen letztere unterstützen sie aber faktisch die Interessen der von ihnen bekämpften Agrarindustrie. Die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus werden wohl auch die Grünen nicht außer Kraft setzen können, zumal sie selbigen erklärtermaßen als gesellschaftlichen Endzustand anerkennen.

GERD MARKMANN

Der Lauf der Natur

Am Anfang hält das Baby die Mutterbrust fest umschlungen. Sie ist sein Ein und Alles. Seine Wärme- und Nahrungsquelle. Doch bald geht das Kindchen eigene Wege und hält schon mal das Händchen von genetisch fremden Personen, ob es der Mutter paßt oder nicht. Ist das Kind erwachsen, nähert es sich wieder bestimmten Körperteilen [siehe oben] oder, wenn das nicht klappt, greift es einfach gleich zur Flasche.

Wie sähe sie aus, unsere Welt, wenn man einfach der Natur ihren Lauf ließe? Würden wir noch im Urwald hausen und uns gegenseitig durchvögeln, wie die Bonobos? Oder wären wir alle, wenn uns nicht Hunger und Durst dazwischen kämen, beziehungsge störte Internetjunkies, die von eMails, Blogs und Twitter leben, nachdem sie tagsüber im Büro krampfhaft irgendwelche Zahlenkolonnen umsortiert haben? Der Mensch sucht immer das, was er nicht hat. Und hat er es dann, ist er/sie auch nicht zufrieden. Die Welt ist schlecht!

Die Natur sollte uns ein Vorbild an Gelassenheit und Ausdauer sein! Ewig rauschen die Wälder, in Brandenburg oder am Amazonas ... wenn nicht bezahlte Holzfäller-Kolonnen anrücken, die irgendwie in den CO₂-Handel verstrickt sind. Am Amazonas sind es noch ursprüngliche Wälder, die in Ackerwüsten verwandelt werden. Einmal zerstört, kann sich der Regenwald nicht wieder aufbauen. Jedenfalls nicht in unseren Zeitmaßstäben. In unseren Urwäldern soll die Kiefer dominiert haben. Die allerneueste Studie sagt nun: Nein, die Eiche ist eigentlich der natürlich dominierende Baum der Mark. Sicher kommt bald die nächste Studie heraus, die besagt, daß in unseren blühenden Landschaften nur noch die Birken grünen werden. Wie sagt der Förster so schön? Die Birke ist das Unkraut des Waldes.

Ich finde, die Birke ist ein sehr schöner Baum! Und sie wird offenbar vom Wild nicht so angenagt, wie Eiche und Buche. Die muß man nämlich in Gehegen schützen, damit sie überhaupt groß und stark werden.

Auch Kinder müssen in einem geschützten Raum groß werden. In Familie, Kindergarten und Schule. Später sind es dann der Hörsaal, das Großraumbüro und die Seniorenkantine. Wir brauchen alle Schutz! Daß Kinder in der Schule in einem geschützten Raum aufwachsen, ist wohl das größte Ammenmärchen dieser Epoche. Die Welt ist grausam! Und auf dem Schulhof lernt man für das Leben!

Vielleicht wären wir hier in der Mark unter natürlichen Bedingungen alle einfach nur Bauern, die für den eigenen Bedarf hüten und schlachten, sähen und ernten, und nur ein paar Händler würden von Dorf zu Dorf ziehen, um das neueste Iphone zu präsentieren. Und das interessanteste Gesprächsthema unter den Dorfbewohnern wäre, wie jede Woche: »Bauer sucht Frau!« Das ist der Lauf der Natur.

JÜRGEN GRAMZOW

Mindestens 200 Arbeitsplätze bedroht

DB Bahn-Instandhaltungswerk vor dem Aus?

Eberswalde (prest-ew/bbp). Das einstige RAW (Reichsbahnausbesserungswerk) in Eberswalde gehört mit über 500 Beschäftigten, darunter fast 50 Lehrlingen, nicht nur zu den großen unter den gewerblichen Betrieben in der Barnimer Kreisstadt. Mit seinem Gründungsjahr 1878 ist das nunmehrige Instandhaltungswerk der Deutschen Bundesbahn auch der älteste aktive Produktionsbetrieb in Eberswalde.

Im Jahr 2011 öffnete der Betrieb stolz seine Tore für den Neujahrsempfang des Eberswalder Bürgermeisters. Doch nun ist der Standort in Gefahr. Die Deutsche Bahn AG hat ihre Güterwagenflotte reduziert und Kapazitäten bei der Radsatzaufarbeitung verlagert. In den drei Brandenburger Instandhaltungswerken der Bahn, insbesondere für die Standorte in Cottbus und Eberswalde, drohen in den nächsten zwei Jahren dramatische Arbeitsplatzstreichungen. Selbst im günstigsten Fall sollen allein in Eberswalde rund 200 Stellen wegfallen.

Die drei Stadtoberhäupter trafen sich jüngst, um die Lage zu besprechen. Es wurden gemeinsame Aktionen in Richtung Land und Bund diskutiert und verabredet. Der Cottbuser Oberbürgermeister Frank Szymanski verwies auf die lange Tradition der Bahn in Brandenburg. »Die Bahn muß als Staatsunternehmen ihrer Verantwortung insbesondere für den regionalen

Arbeitsmarkt gerecht werden.« Der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski ergänzte: »Es darf keinen Abbau von Arbeitsplätzen in Brandenburg zugunsten anderer Werke geben.« Der dritte im Bunde, Dr. Oliver Hermann aus Wittenberge, wo die Situation nicht so akut ist, zeigt sich solidarisch »Das Werk in Wittenberge ist gut aufgestellt; aber hier geht es um die Perspektiven dieses Industriezweiges, einem Eckpfeiler der Wirtschaft im Land Brandenburg.«

Zentrale Forderungen der drei Bürgermeister sind der Erhalt der bestehenden Arbeitsplätze und der Stopp einer Auftragsverlagerung in andere Regionen. Zugleich soll die Landesregierung für das Thema sensibilisiert werden. Die drei Bürgermeister drängen darauf, in Gesprächen mit den Verantwortlichen der Bahn und den Gewerkschaften Lösungen für die Standortsicherung zu erörtern.



FreiRaum-Planung

Eberswalde (freiraum/bbp). In ihren Treffen im November und Anfang Januar hat die Eberswalder FreiRaum-Initiative über den »Jahresplan« für 2014 beraten. Dabei ging es um Orientierungs- und Koordinationsmöglichkeiten für Vereine, Initiativen und Gruppen, um eigene Veranstaltungen besser planen zu können. Inzwischen existiert ein Jahreskalender als Etherpad im Internet. Darin können Interessenten selbst in ein leicht zu bedienendes Dokument im Internet Termine eintragen oder ändern und alle anderen sehen es ... – alle, die den Link haben.

Datenreport 2013

Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Hrsg.: Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), Zentrales Datenmanagement in Zusammenarbeit mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Red. verantwortlich: Gernot Dallinger, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ... 431 S. www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Datenreport-2013.pdf.

in www.virtuelleallgemeinbibliothek.de
gefunden von KARL DIETZ

Das schnelle Internet

Breitbandausbau in der Region Barnim-Uckermark beginnt im Mai

Die rot-rote Landesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, mit der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit schnellem Internet einen Beitrag zur Schaffung von gleichwertigen Lebensbedingungen, auch in den ländlichen Regionen Brandenburgs, zu leisten. Das dazu erarbeitete Konzept »Glasfaser 2020« geht nun auch in der Planungsregion Barnim-Uckermark in die Umsetzungsphase, wie der Landtagsabgeordnete der LINKEN, Dr. Michael Luthardt auf Nachfrage im zuständigen Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten erfuhr.

»Die Ausschreibung ist abgeschlossen und der erste Spatenstich soll im Mai erfolgen«, so Luthardt. Vergaberechtlich müssen die Fördermittel der EU bis Ende 2015 ausgeschöpft sein, was somit gleichzeitig die Frist zur Fertigstellung des Breitbandnetzes bedeutet. »Auch für mich bedeutet das endlich einen schnellen Internetzugang am Wohnort.«, meint Michael Luthardt. »Rot-rot hat damit ein weiteres Wahlversprechen eingelöst und Brandenburg wird damit zu den führenden Bundesländern hinsichtlich Breitbandversorgung aufschließen!«

CINDY PANZER

ver.di im Landesbezirk Berlin-Brandenburg:

Gewerkschaft zum Abgewöhnen

Manche Hauptamtliche der Gewerkschaft ver.di im Landesbezirk Berlin-Brandenburg üben sich aktuell in Abgrenzungsritualen. Von »Abmahnung« ist die Rede und gar von einer »Unterlassungsklage«. Ziel der Kampagne ist der ehrenamtliche ver.di-Erwerbslosenaktivist Carsten Zinn.

Carsten Zinn hatte sich – wie er sagt, »gewiß polemisch zugespitzt« – kritisch zu einer Stellenbesetzung innerhalb des hauptamtlichen ver.di-Apparates im Landesbezirk geäußert. Die betroffene Person war bis dahin als Erwerbslose ehrenamtlich im ver.di-Bezirksvorstand Uckermark/Barnim tätig – und dort weniger durch aktives Engagement für die Erwerbslosen als vielmehr durch ihr »loyales« Verhalten gegenüber den Hauptamtlichen aufgefallen. Das brachte Zinn in seiner direkten Art gegenüber der Betroffenen und gegenüber den ver.di-Hauptamtlichen zum Ausdruck, verbunden mit allgemeiner Kritik an der seiner Meinung nach mangelhaften Unterstützung der Erwerbslosenarbeit durch das Hauptamt im ver.di-Bezirk Uckermark/Barnim.

Ein Sturm der Entrüstung unter den hauptamtlichen ver.di-Funktionären brach los. Lediglich Uwe Erschens, erst seit einigen Monaten im Amt des ver.di-Bezirksgeschäftsführers Uckermark-Barnim, signalisierte Gesprächsbereitschaft, um »vor allem« Zinns »Rolle für und in unserem Bezirk zu klären«. Und das »sehr zeitnah«. Das Gespräch des neuen Geschäftsführers mit dem Vorsitzenden der ver.di-Erwerbslosen erschien letzterem ohnehin längst überfällig. Allerdings hatte Carsten Zinn zu dem vorgeschlagenen Termin bereits als Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels zu tun. Er gehe nicht davon aus, daß Erschens »an einem Disziplinierungsgespräch« interessiert sei. »Dafür stehe ich im übrigen auch nicht zur Verfügung«, machte Zinn angesichts der seltsamen Formulierungen in dem Gesprächsangebot Erschens klar. Zugleich stellte er mehrere Fragen und bot an, zur Vorbereitung des Gesprächs vorab einen detaillierteren Fragenkatalog zu übermitteln.

Das war zuviel. »Deine Antwort auf mein Gesprächsangebot«, so Erschens, »zeigt mir ..., daß unsere Intensionen, ein solches Gespräch zu

Grünschnitt im Stadtgebiet

Eberswalde (prest-ew). Die gegenwärtig milde Witterung wird der Eberswalder Bauhof für die Pflege von Grünflächen nutzen. Noch bis Ende Februar, also vor Beginn der Vegetationszeit, sollen Sträucher, Hecken und Bäume im Stadtgebiet geschnitten werden.

Ab April werden im Stadtgebiet wieder Bäume gepflanzt, so etwa in der Georg-Friedrich-Hegel-Straße, an den Ostender Höhen oder auf dem Richterplatz. Wer darüber hinaus Vorschläge für neue Baumstandorte hat, kann sich bis zum 14. März an Christin Zierach vom Tiefbauamt wenden (c.zierach@eberswalde.de).

führen, völlig und zu weit auseinanderliegen«. Er werde »ganz sicherlich« keinen Fragenkatalog beantworten. »Mein Gesprächsangebot war schon so zu verstehen, daß ich Dir Gelegenheit gebe, Dein Tun zu erklären – Dir aber auch deutlich mache, daß ich es nicht länger dulden werde, daß Du Verdi insgesamt, unseren Bezirk im besonderen und vermehrt auch einzelne Personen diffamierst und in der Öffentlichkeit beschädigst sowie in ein völlig falsches Bild rückst. Erst eine von Dir abgegebene Erklärung – dies zukünftig zu unterlassen, wäre für mich die Grundlage, um ein Gespräch mit Dir nach gemeinsam zu formulierenden Vorstellungen zu führen.«

Demnach sollte es also doch ein »Disziplinierungsgespräch« werden.

Aber Uwe Erschens wurde noch deutlicher. Er erteile »hiermit eine Abmahnung«, schreibt er, und fordert Carsten Zinn auf, »ab sofort ... Mails zu unterlassen«, in denen »Du die Gewerkschaft Verdi kritisierst« und Personen im »Mail-Verteiler hast, die nicht mit Verdi beruflich oder ehrenamtlich in direkter Beziehung stehen«. Um das durchzusetzen, habe Erschens, »eine Rechtsanwaltskanzlei damit beauftragt ..., eine Unterlassungsanzeige gegen Dich vorzubereiten«. Er schreie auch nicht davor zurück, eine Unterlassungsklage einzuleiten, »die dann zum Ziel hat, daß Du bei jeder Zuwiderhandlung eine nicht geringe Summe an eine noch zu benennende soziale Einrichtung zu leisten hast«.

Das alles hat der ver.di-Mann sogar per Einschreiben verschickt. Sozusagen als Beweis dafür, daß er auf seinem Arbeitsplatz fehl am Platz ist.

In der ver.di-Satzung sucht man nämlich vergebens nach einem Paragraphen, der von »Abmahnung« gegenüber Mitgliedern handelt. Als Strafen gibt es nur den Ausschluß, u.a. wenn ein Mitglied gegen Bestimmungen der Satzung verstößt oder »sich gewerkschaftsschädigend verhält«. Die Erteilung einer Abmahnung durch einen Hauptamtler gegen einen Ehrenamtler verstößt gegen die Bestimmungen der Satzung. Solch ein Verhalten darf gerne auch als »gewerkschaftsschädigend« angesehen werden, was als Ausschlußgrund definiert ist.

Der Kollege Erschens hat sich und seiner Gewerkschaft einen Bärendienst geleistet. Wer als hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär per Drohung mit Rechtsanwalt und Gericht die Kritik von Ehrenamtlern unterdrücken will, sollte kaum auf Dauer in seinem Amt haltbar sein. Den zuständigen ver.di-Verantwortlichen kann nur geraten werden, diesen Mann, auch zu dessen eigenem Schutz, ganz schnell aus der Schußlinie zu nehmen.

GERD MARKMANN

Freiflächengestaltung

Eberswalde (bbp). Auf dem künftigen Gelände der Grundschule Schwärzensee werden im Februar die Freiflächen für ihre weitere Gestaltung hergerichtet, teilte die städtische Pressestelle mit. Den Baubeschluß mit zugehöriger Entwurfsplanung hatte der Hauptausschuß am 23. Januar gefaßt. Vorberatungen in den Fachausschüssen gab es entgegen des üblichen Verfahrens nicht, obwohl der Wertumfang von ursprünglich 100.000 auf 260.000 Euro angestiegen war. Dagegen und gegen die vor der Beschlußfassung realisierten Baumfällungen (BBP 1/2014) gab es umfangreiche Proteste.

In den Fachausschüssen gab es dann immerhin ausführliche Informationen zur Entwurfsplanung und eine Entschuldigung der Baudezernentin für das fehlerhafte Verfahren. Die Baumfällungen hätten mit der Freiflächenplanung gar nichts zu tun, wurde behauptet. Vielmehr bestünde Wind- und Schneebruchgefahr. Die Sorge um die Verkehrssicherheit für die später dort spielenden Kinder hätten keine andere Möglichkeit als die Fällung zugelassen. Nachprüfbar ist das nun nicht mehr. Zweifel bleiben, standen die Bäume doch im besten Lebensalter und von ähnlichen Bäumen in der Nähe geht offenbar keine Gefahr aus.

Heftige Kritik von SPD, Grünen und Die Linke/Allianz freier Wähler (DL/AfW) gab es im Hauptausschuß trotzdem. Gerd Markmann (DL/AfW) vermutet, daß »das im Straßenbau sehr erfolgreiche Planungsbüro mit den Waldbäumen auf der Freifläche der Schule nichts anfangen konnte. Bei einer Straße können die Besonderheiten der Landschaft und Natur auch nicht berücksichtigt werden, da ist die gerade Linienführung das Ideal und alles, was im Wege steht, muß weg.«

Anstelle der 19 Kiefern und Birken sollen nun acht »neue geeignete Bäume« gepflanzt werden. Entstehen sollen Schulgarten, ein neues Klettergerüst sowie ein Bolzplatz. Darüber hinaus soll dem geplanten neuen Haupteingang am Potsdamer Platz ein »ansprechendes Antlitz« verliehen werden, indem – auf ausdrücklichen Wunsch der Schulleitung – der efeubewachsene Zaun mit geschwungenem Verlauf durch einen bewuchsfreien und gerade durchgezogenen Zaun ersetzt werden. Auch hier soll die prägende Birke neben dem Eingang weg. Dem Wunsch der Schulleitung konnte sich auch die Fraktion DL/AfW nicht verschließen. Gerd Markmann, der seinen Fraktionskollegen Carsten Zinn im Hauptausschuß vertrat, zog den Änderungsantrag, mit dem ein schonenderer Umgang mit dem Vorhandenen erreicht werden sollte, daraufhin zurück.

Neu gestaltet wird auch der Bereich zwischen Schule und Sparkasse. Der dichte Baumbewuchs, dessen Schutz mancher mißbrauchte, um dort seinen Müll und anderes loszuwerden, soll weg. Nur einzelne Bäume sollen bleiben. Hier ließ sich die Baudezernentin auf den Vorschlag DL/AfW ein, gegenüber der Planung vielleicht doch das eine oder andere Bäumchen mehr stehen zu lassen.

Neue Quartiersmanagerin

Eberswalde (bbp). Johanna Johne heißt die neue Quartiersmanagerin im Brandenburgischen Viertel. Im Januar bezog sie ihren Arbeitsplatz im Kontaktbüro »Soziale Stadt« im Bürgerzentrum in der Schorfheidestraße 13. Mit dem personellen Wechsel wird das Quartiersmanagement im Brandenburgischen Viertel gemäß dem sogenannten »Verstetigungskonzept« stärker auf den Schwerpunkte »Bildung und Schule« ausgerichtet sein.



Im Januar nahm Johanna Johne, die neue Quartiersmanagerin im Brandenburgischen Viertel, ihre Arbeit auf.

Die Einarbeitungszeit durch ihre Vorgängerin blieb kurz. Schon Anfang Februar wechselte Cornelia Sprengel ins Rathaus.

Inzwischen ist Johanna Johne, die in Berlin aufgewachsen und zur Schule gegangen ist, auch Eberswalder Einwohnerin. Die heute 30jährige studierte an der Universität Osnabrück Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Soziologie. Daneben engagierte sie sich vielfach ehrenamtlich, beispielsweise für benachteiligte Kinder. Das anschließende Masterstudium mit Schwerpunkt »Wirtschaft und Kultur« (Stadt- und Regionalentwicklung) absolvierte sie an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder.

»Mein besonderes Interesse«, sagt die neue Quartiersmanagerin, »galt und gilt vor allem der Stadt- und Raumsoziologie. Wie Menschen städtischen Raum nutzen und wahrnehmen und wodurch dies bestimmt ist, beschäftigt mich besonders.« Daher war das auch Thema ihrer Abschlussarbeit, in der sie speziell auf die Gruppe der Kinder und Jugendlichen einging.

Im Bereich Soziales und Integration wollte sie nach Abschluß des Studiums auch beruflich tätig werden. Praktische Erfahrungen dafür holte sie sich beim Quartiersmanagement Helle Promenade in Berlin Hellersdorf als Praktikantin der S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbh.

»Ich bin«, so Johanna Johne, »sehr glücklich, hier zu sein. Ich freue mich darauf, das Brandenburgische Viertel und die hier lebenden Menschen, die vielen Aktiven in den Vereinen und Einrichtungen, alsbald kennenzulernen und mich tatkräftig einzubringen«.

Zurück zur Zensur?

Außerhalb des Sitzungsplanes, ohne schriftliche Einladung und ohne irgendwelche Unterlagen lud Bürgermeister Boginski am 23. Januar die Fraktionsvorsitzenden und Ortsvorsteher zu einer Beratung über Veröffentlichungen im Eberswalder Amtsblatt ein.

Grund war die Unzufriedenheit der Verwaltung mit den zur Veröffentlichung eingereichten Beiträgen der Fraktionen und Ortsvorsteher im Amtsblatt. Konkrete Namen oder Beispiele wurden nicht genannt. Die Stadt sei als Herausgeberin des Amtsblattes auch für die Veröffentlichungen im nichtamtlichen Teil verantwortlich und müsse daher die Inhalte der Beiträge prüfen. Wiederholt seien Aufforderungen zur Korrektur der Beiträge ergangen.

Nach § 29 Absatz 2 der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde sind die Fraktionen sowie die Ortsbeiräte und Ortsvorsteher berechtigt, zur Unterrichtung der Einwohner der Stadt Eberswalde über ihre Tätigkeit monatlich einen Beitrag im Amtsblatt für die Stadt Eberswalde zu veröffentlichen. Die Kommunalaufsicht des Landkreises, so wurden die Anwesenden informiert, habe auf Bitte der Stadt schon 2010 mitgeteilt, »daß die Regelung des § 29 Abs. 2 der Hauptsatzung nicht immer konsequent umgesetzt wird«. Die Stadt teile die Auffassung der Kommunalaufsicht nicht vollständig, müsse aber darauf hinweisen, daß im Amtsblatt politische Stellungnahmen nicht zulässig seien. Wenn die Fraktionen über ihre Tätigkeit im Amtsblatt berichten, dürften darin keine Bezüge auf andere Parteien enthalten sein, keine Ziele für die nächste Wahlperiode genannt werden, keine negativen Aussagen zum Bürgermeister oder zu anderen Personen enthalten sein.

Was veranlaßt den Bürgermeister, ein vier Jahre altes Schreiben der Kommunalaufsicht zu bemühen, das den Fraktionen bis dato nicht zur Kenntnis gegeben wurde, und was hat die Kommunalaufsicht tatsächlich ausgeführt?

»Die Fraktionen berichten nicht nur informativ über ihre Arbeit (Anträge, Erfolge, etc.), sondern nutzen das Amtsblatt auch zur Meinungsäußerung zu ausgewählten Themen. Gerade das ist in der vorliegenden Form jedoch unzulässig. Die Stadt

Eberswalde hat künftig darauf zu achten, daß das Amtsblatt nur im zulässigen Maße von den Fraktionen, Ortsbeiräten und Ortsvorstehern für ihre Berichterstattung genutzt wird, damit die Nutzung des Amtsblattes als politische Plattform ausgeschlossen wird«, so die Kommunalaufsicht. Sie stützt sich dabei auf § 4 Abs. 3 der Bekanntmachungsverordnung, wonach im nichtamtlichen Teil des Amtsblattes nur ortsspezifische Nachrichten und Hinweise auf Veranstaltungen abgedruckt werden dürfen. Dieser Rechtsbezug ist jedoch unvollständig. Im Absatz 5 nämlich Verordnung heißt es: »Sofern das amtliche Bekanntmachungsblatt einen nichtamtlichen Teil (Absatz 3) und Anzeigen (Absatz 4) enthält, finden die Bestimmungen des Landespressgesetzes und des Wettbewerbsrechts Anwendung.« Das heißt, daß die Beiträge der Fraktionen und Ortsvorsteher im Amtsblatt dem Pressegesetz genügen müssen.

Danach gilt laut § 1 des Pressegesetzes: »Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Presse ist ein Wesenselement des freiheitlichen und demokratischen Staates« und »die Freiheit der Presse unterliegt nur den Beschränkungen, die durch das Grundgesetz unmittelbar und in seinem Rahmen durch dieses Gesetz zugelassen sind. Sondermaßnahmen jeder Art, die diese Freiheit beeinträchtigen, sind verboten.« Was nach Meinung der Kommunalaufsicht »in der vorliegenden Form jedoch unzulässig« ist, ist im Gegenteil gerade durch das Presserecht geboten.

Die von der Kommunalaufsicht geforderte und von der Stadt als Herausgeber beabsichtigte Kontrolle der Beiträge im Amtsblatt ist ein unzulässiger Versuch der Zensur der Meinungsäußerungen von Fraktionen und Ortsvorstehern. Will Bürgermeister Boginski die Praxis seines Amtsvorgängers wieder aufleben lassen?

ALBRECHT TRILLER

Warum kommen die Niederschriften so spät?

Eberswalde (bbp). »Die Niederschriften der Sitzungen der kommunalen Volksvertretung sind innerhalb der parlamentarischen Demokratie ein wichtiges Mittel zur transparenten Darstellung der demokratischen Prozesse und somit wichtige Voraussetzung für die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an und ihrem Engagement in unserer Demokratie.« Mit dieser Feststellung leitet der Stadtverordnete Gerd Markmann von der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler (DL/AfW) eine Anfrage an den Eberswalder Bürgermeister zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 27. Februar ein. Für eine aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger sei es hilfreich, so der Stadtverordnete weiter, »wenn diese Niederschriften

möglichst zeitnah veröffentlicht werden. Daß dies möglich ist, zeigt beispielsweise die Niederschrift des Barnimer Kreisausschusses vom 16.12.2013, die auf den 17.12.2013 datiert ist. Das war ein Tag nach der Sitzung!«

Die Niederschriften der StVV Eberswalde und ihrer Ausschüsse würden demgegenüber oftmals nicht einmal mit der Einladung zur folgenden Sitzung versandt.

Gerd Markmann fragt: »Welche Hemmnisse verhindern, daß die Niederschriften der Sitzungen der Gremien der Stadtverordnetenversammlung ähnlich zeitnah wie die Niederschriften der Kreistagsgremien realisiert und veröffentlicht werden?«

Und: »Was ist notwendig, um diese Hemmnisse zu beseitigen?«

Soziales Wohnen – Schwerpunkt für 2014

Die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde hat am 25. Januar zu ihrer bereits traditionellen Jahresauf-taktklausur eingeladen. Anliegen ist es, sich nach der Kenntnisnahme des VIII. Eberswalder Mietspiegels auf der Stadtverordne-tenversammlung im Oktober 2013 verstärkt mit dem Thema Mietpreissteigerungen auseinander zu setzen.

Als kompetente Gesprächspartner konnte die Fraktion den Experten auf dem Gebiet der Stadtentwicklung Roland Schröder aus Berlin, Hans-Jürgen Adam, Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH Eberswalde (WHG) und Hartmut Höhne vom Mieterverein Viadrina Frankfurt (Oder) und Umgebung e.V. gewinnen.

»Die Preissteigerungen im Mietspiegel zeigen schon wenige Monate nach Veröffentlichung erste Auswirkungen auch auf die Bestandsmieten in der Stadt«, faßt Hardy Lux, SPD-Fraktionsvorsitzender, seine Kenntnisse zusammen. »Ich freue

mich daher sehr, daß wir so fachkundige Gäste an einen Tisch gebracht haben, um Instrumente der Einflußnahme kennen zu lernen und ins Gespräch über diese zu kommen. Die Fraktion wird sich mit den gegebenen Anregungen, wie Milieuschutz- und Erhaltungssatzungen oder Gebietssozialplänen, aber auch mit möglichen Kriterien der Versagung in ihrer weiteren Arbeit verstärkt und vertiefend auseinander setzen.«

Es wurde auch deutlich, daß Wohnen in Zukunft stärker mit dem demographischen Wandel zusammengedacht werden muß: Eine älter werdende Gesellschaft bei höherer Wahr-

scheinlichkeit von Altersarmut verlangt Lösungen.

»Diese auf uns zurollende Welle müssen wir politisch gestalten. Hier vor Ort müssen wir damit anfangen«, nimmt Hardy Lux daher aus der Klausurtagung für sich persönlich und für die Arbeit der Fraktion mit. Mit der WHG als 100%iger Tochter hat die Stadt ein gutes Steuerungsinstrument in der Hand, Fehlentwicklungen wie etwa einer sozialen Entmischung vorzubeugen und Mietpreissteigerungen zu bremsen.

ROBERT BLOCH

Bürgerhaushalt und Bürgerbudget

Position der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler

Seit 2008 gibt es in Eberswalde offiziell einen Bürgerhaushalt. Mit der Ursprungsidee aus Porto Alegre hat die aktuell praktizierte Variante allerdings kaum zu tun. Aus der Idee des Beteiligungshaushaltes wurde in Eberswalde ein Bürgerbudget mit begrenzten Mitteln, über deren Verteilung im Rahmen eines aufwendigen Events entschieden wird.

Wir sprechen uns nicht dagegen aus, weiter mit dem Bürgerbudget zu experimentieren. Zugleich sollten aber auch Voraussetzungen geschaffen werden, in der Stadt Eberswalde die ursprünglichen Ideen aus Porto Alegre umzusetzen und einen Beteiligungshaushalt zu schaffen, bei dem in allen Phasen der Haushaltsaufstellung, -durchführung und -kontrolle die aktive Teilnahme der Einwohnerinnen und Einwohner in allen Ortsteilen gewährleistet wird. Um auf diesem Weg voranzukommen, schlagen wir vor, ab dem Haushaltsjahr 2015 folgende Schwerpunkte umzusetzen:

1. Die Eberswalder Bürgerschaft wird frühzeitig, umfassend, problemorientiert und barrierefrei über die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sowie über die Schwerpunkte der zu finanzierenden städtischen Pflicht- und Freiwilligenaufgaben informiert.

Soweit es sich um ortsteilbezogene Ausgaben und Investitionen handelt, werden sie nach Ortsteilen gegliedert. Für Investitionsmaßnahmen werden auch Vorschläge für alternative Investitionsmaßnahmen zur Auswahl unterbreitet.

2. Die Teilhaushalte der Produktbereiche werden von den Verantwortlichen in den Dezernaten und Ämtern rechtzeitig zur öffentlichen Debatte gestellt.

3. Es werden unter maßgeblicher Einbeziehung der jeweiligen Ortsteilvertretungen organisatorische Möglichkeiten für eine breite Teilnahme der Einwohnerinnen und Einwohner in den Ortsteilen geschaffen.

4. Die Ortsteilvertretungen und die Stadtverordnetenversammlung verpflichten sich, dem Votum der Einwohnerinnen und Einwohner bei Wahrung der kommunal- und haushaltsrechtlichen Grundsätze zu folgen.

5. Nach mindestens zwei Haushaltsjahren er-

folgt eine Überprüfung der Verlaufs- und Verfahrensformen der öffentlichen Debatte und des Procedere im Bürgerhaushalt.

Das Bürgerbudget kann nach Auffassung unserer Fraktion als eigenständiges Instrument für eine freie Vergabe von Haushaltsmitteln nach Wunsch der Einwohnerinnen und Einwohner bestehen bleiben, sollte aber weiterentwickelt werden. Dafür schlagen wir vor, ab dem Bürgerbudget 2015 folgende Punkte zu berücksichtigen:

– Aufstellung klarer und nachvollziehbarer Kriterien zur Verwendung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel;

dazu gehören auch klare Ausschlußkriterien, um einen weiteren Mißbrauch des Bürgerbudgets als »erweiterter Vereinshaushalt« zu verhindern

– Schaffung von Anreizen für bürgerliches Engagement zur qualitativen Verbesserung des unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeldes in den Ortsteilen

– die zur Verfügung stehende Höchstsumme pro Einzelmaßnahme wird von 15.000 auf 5.000 Euro reduziert

– der »Tag der Entscheidung« findet an einem Sonnabend statt, um auch den zahlreichen auswärts arbeitenden Einwohnerinnen und Einwohnern eine Teilnahme zu ermöglichen

– die Dauer der Veranstaltung »Tag der Entscheidung« wird verlängert (z.B. 9.30 Uhr bis 15.30 Uhr) und wird so ausgerichtet, daß Anwesenheit des einzelnen Besuchers nicht für die gesamte Veranstaltung notwendig ist; damit kann eine Überfüllung des Raumes vermieden werden (Barrierefreiheit sowie Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutz); kulturelle Aktivitäten in der Stadt (z.B. »Guten Morgen Eberswalde«) könnten in den »Tag der

Entscheidung« eingebettet werden

– um auch den Einwohnerinnen und Einwohnern der ländlich geprägten Ortsteile und Siedlungen sowie mobilitätseingeschränkten Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit zur Abgabe ihres Votums am »Tag der Entscheidung« einzuräumen, wird nach alternativen Möglichkeiten gesucht (Briefwahl, evtl. Abstimmung per Internet oder eMail, Möglichkeiten zur Stimmabgabe in den Ortsteilen).

CARSTEN ZINN,

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Blindgänger

Eine Sendung im Fernsehen: In Nordrhein/Westfalen liegen noch tonnenweise Blindgänger aus dem 2. Weltkrieg. Auch Brandenburg ist voll davon. Wie oft schon mußten Menschen ihre Wohnungen verlassen. Sogar Kranke und Bettlägerige mußten in Sicherheit gebracht werden. Entsorgung und Sprengungen sind nicht nur äußerst gefährlich, sondern kosten auch sehr viele Steuergroschen. Hat die Menschheit denn nicht bald, derb gesagt, »die Schnauze voll«?

Wie reagieren wir, wenn die schlimmsten Blindgänger, Gauck und von der Leyen, schon wieder losmarschieren wollen? Das heißt, nur »ihre Soldaten« sollen marschieren. Müßten da nicht sämtliche Kirchenglocken Alarm läuten und alle Sirenen heulen, um die Menschen auf die Straßen zu bringen, das Grundgesetz zu verteidigen und für den Frieden zu kämpfen, den wahnsinnigen Militärapparat zu bremsen, um gleichzeitig Geld für zivile Zwecke frei zu bekommen?

ELISABETH MONSIEUR

Aus für Citymanagement

Eberswalde (bbp). Das seit Mai 2012 existierende Citymanagement für die Eberswalder Innenstadt ist mit dem 31.12.2013 ausgelaufen. Eine Fortführung wird es nicht geben.

Im Jahr 2010 hatte die complan Kommunalberatung GmbH aus Potsdam unter Einbeziehung der als lokale Akteure bezeichneten Institutionen, Vereine und Verbände und auf der Grundlage des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (INSEK) von 2008 die konzeptionellen und organisatorischen Grundlagen für das Citymanagement Eberswalde erarbeitet. Im Februar 2012 gab der Hauptausschuß grünes Licht für die 2. Phase, der Etablierung des Citymanagements. Der Auftrag umfaßte 94.703 Euro, darunter 23.750 Euro kommunaler Eigenanteil, und ging an complan, die hierfür eng mit dem Wirtschafts-Interessen-Ring Eberswalde e.V. (WIR) zusammenarbeitete.

Ziel war »der Ausbau der Eberswalder Innenstadt als Motor für die Entwicklung der Gesamtstadt und der Stadtregion sowie die Überführung des Citymanagements in die selbsttragende Phase (3. Baustein) ab 2014«. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte das Citymanagement kurzfristig als Ansprechpartner und Mittler für sämtliche Innenstadtkräfte und Interessenten agieren, die Öffentlichkeitsarbeit verbessern sowie die Einrichtung und Umsetzung eines Verfügungsfonds sicherstellen.

Mittelfristig sollten spezifische Beratungsangebote aufgebaut und vermittelt werden, Beteiligungsforen geschaffen und verbessert sowie der Branchenmix und das Leerstandsmanagement optimiert werden. Als »permanente Daueraufgabe« des Citymanagements galt zudem die Abstimmung und Koordination mit dem »Modellvorhaben Eisenbahnstraße«.

In einer kleinen Notiz in der Beschlußkontrolle, welche den Stadtverordneten im Dezember übergeben wurde, heißt es lapidar: »Die Fortführung im Rahmen des Bausteins 3, die selbsttragende Phase, wurde mit allen Innenstadtkräften erörtert und aufgrund der zu erwartenden Kosten als nicht realistisch angesehen. Das Projekt wird zum 31.12.2013 auslaufen.«

Solaranlage erweitert

Werneuchen (beg). Ende vorigen Jahres stimmten die Stadtverordneten der Stadt Werneuchen für die Erweiterung der bereits bestehenden Solaranlage auf dem ehemaligen Flugplatzgelände. Ein privater Investor interessiert sich für die westliche Fläche des Flugplatzes, um dort auf etwa 7 Hektar eine 3 Megawatt starke Solarfreiflächenanlage zu errichten.

Die betreffende Fläche des Flugplatzes gilt als Konversionsfläche. Sie wurde bis Anfang der neunziger Jahre durch die sowjetischen Luftstreitkräfte militärisch genutzt. Mit der Nutzung dieser Fläche ist auch die Verpflichtung verbunden, sie von schädlichen Bodenverunreinigungen zu befreien oder sonstige Altlasten auf eigene Kosten zu beseitigen.

Schulsozialarbeit kommt nicht vor

Eberswalder Jugendkoordinatorin zum Jugendhilfeplan des Landkreises Barnim

Eberswalde (bbp). Die Schulsozialarbeit spielt in der Jugendhilfeplanung des Landkreises Barnim für die Jahre 2013 bis 2017, über die im Kreistag Ende 2013 beschlossen wurde, keine Rolle. Zu dieser Aussage kommt die Eberswalder Jugendkoordinatorin KATRIN FORSTER in ihrer Antwort auf eine Anfrage des Stadtverordneten CARSTEN ZINN von der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler (DL/AFW) im Ausschuß Bildung, Jugend und Sport (ABJS). Dort seien lediglich die Rahmenbedingungen für das Modell »Kooperation mit Schule« festgelegt. Überdies betreffe der Jugendhilfeplan ausschließlich die im Personalkostenförderprogramm des Landes Brandenburg eingegliederten Fachkräfte der Jugendförderung.

»Entsprechend tangieren die Festlegungen der Jugendhilfeplanung allgemein sowie die hierin aufgezeigte Entwicklungstendenz hin zu einem flexibleren Personaleinsatz weder das Aufgabenfeld Schulsozialarbeit, noch wird durch den Jugendhilfeplan der Einsatz von Personal außerhalb des sogenannten 510-Stellen-Programms definiert.«

Die Jugendkoordinatorin widerspricht damit vorherigen Aussagen der Stadtverwaltung zu den »Organisationsgrundlagen der Schulsozialarbeit in der Stadt Eberswalde«, in denen auf den Jugendhilfeplan des Landkreises Bezug genommen wurde.

Den flexibleren Einsatz der Fachkräfte der Jugendförderung sieht Katrin Forster positiv. Damit gebe es größere Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten als zuvor. Die jährliche Bindung der Fachkräfte in Verbindung mit jährlicher Antragstellung werde bereits seit 2003 praktiziert und habe keine Auswirkungen auf die Arbeitsverhältnisse oder auf personelle Fluktuation. Die jährliche Bindung ermögliche vielmehr ein bedarfsmäßiges Umsteuern des Einsatzes der Arbeitskräfte. Für die fachliche Qualität des unter diesen Bedingungen zu gewinnenden Personals seien die jeweiligen Träger zuständig. Die Fördermittelgeber Stadt, Kreis und Land legen lediglich Mindeststandards fest.

Eine kontinuierliche und dauerhafte Jugend- und Jugendsozialarbeit werde durch die jährliche Bindung nicht gefährdet, da sie sich nur auf das 510-Stellen-Programm beziehen und nicht die Schulsozialarbeit betrifft.

Aktivitäten seitens der städtischen Jugendkoordination, um einen gegebenenfalls erhöhten Personalbedarf für Schulsozialarbeit gegenüber dem Landkreis anzuzeigen und zu sichern, gab es bisher nicht. »Für den Sozialraum Eberswalde«, so Katrin Forster, »ist eine umfangreiche Bedarfsanalyse zur Abwägung eines erhöhten Personalbedarfs in der Jugendförderung bislang nicht erfolgt, da ein entsprechender Auftrag aus dem politischen Raum bisher nicht an die Stadtverwaltung gerichtet worden ist«. Die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung sahen also bisher keinerlei Anlaß, von sich aus tätig zu werden. Erst mit dem Stadtverordnetenbeschluß vom Dezember zur Schulsozialarbeit, gebe es den Auftrag an die Stadtverwaltung, »unter Einbeziehung einer externen Expertengruppe den Bedarf an Schulsozialarbeit an den städtischen Grundschulen durch eine qualifizierte Bedarfsanalyse zu ermitteln« und »bis zum März 2014 einen Vorschlag zur Schaffung von etwaigen weiteren Schulsozialarbeiterstellen an den städtischen Grundschulen zu unterbreiten«.

Eine entsprechende Arbeitsgruppe habe sich nunmehr konstituiert. »Dem Ergebnis der geforderten Bedarfsanalyse kann an dieser Stelle selbstredend nicht vorgegriffen werden.«

Katrin Forster merkt »in diesem Zusammenhang ... allerdings erneut an ..., daß die Ausarbeitung einer solchen Analyse, die dem Anspruch einer hinreichenden Fundierung, Qualität und Aussagekraft genügen soll, in der Regel einen Zeitaufwand von mehr als drei Monaten beansprucht«.

Die am 15. Januar gebildete »Expertengruppe« soll diese Aufgabe bis März erledigen. Ihr gehören zwei Mitarbeiter der Stadtverwaltung, ein Mitarbeiter der Kreisverwaltung, ein Stadtverordneter, zwei sachkundige Einwohner (der SPD und der LINKEN) und die Regonalleiterin der Paritätischen Wohlfahrt an.

Kunst aus der Region:

Bildbände vom Maler PETER SCHIRMER sind ab sofort lieferbar. Thema: Der Finowkanal.

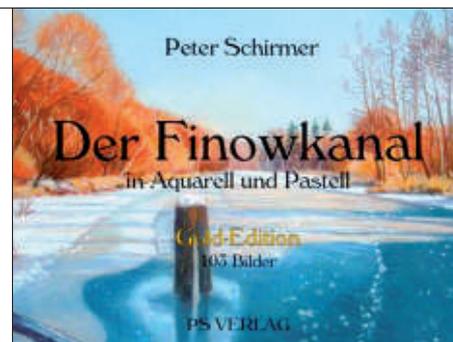
Gold-Edition: 103 Bilder, 30 €

Silber-Edition: 57 Bilder, 20 €

Bronze-Edition: 32 Bilder, 15 €

Tolle Farben, realistische Wassereffekte und schöne Landschaft – jetzt nicht nur in Galerien, sondern auch für Betrachtung auf dem Sofa. Noch ist Winter, Leute! Der Ofen und die Kuscheldecke locken, auf den Bus warten schreckt ab. Bestellen und zuhause im Buch blättern ist auch sehr schön und bequem! DVD mit diesen Bildern ist ebenfalls lieferbar. Und die Bilder gibt es auch im Original zu kaufen – direkt beim Künstler. Kontaktadresse steht im Buch

PETER SPANGENBERG



Bestellbar bei: PS VERLAG, Herrmannstraße 1, 16230 Britz, Tel.: 03334/826942, epost@psverlag.de Fax: 03334 826943.

Versandkosten entfallen ab 2 Stück. Persönliche Auslieferung in Britz, Eberswalde und Finowfurt.

»Abweichler« ohne Chance

Kandidatenaufstellung bei den LINKEN Eberswalde

Eberswalde (bbp). Die Eberswalder LINKEN kamen am 1. Februar im Touristenzentrum des Familiengartens zusammen, um über ihre Wahlvorschläge für die Kommunalwahl am 25. Mai 2014 zu befinden und um das städtische Wahlprogramm zu beschließen. Insgesamt beteiligten sich 31 wahlberechtigte Genossinnen und Genossen an der Aufstellungsveranstaltung.



Für die beiden Eberswalder Wahlkreise 1 (Ortsteile Finow, Brandenburgisches Viertel und Spechthausen) und 2 (Ortsteile Eberswalde 1, Eberswalde 2, Sommerfelde und Tornow) legte der Stadtvorstand am 1. Februar Listen mit insgesamt 26 Bewerbern vor, 14 für den Wahlkreis 1 und 12 für den Wahlkreis 2.

Aus der Mitgliederversammlung heraus gab es für den Wahlkreis 1 noch einen 27. Vorschlag. Gerd Markmann, selber derzeit Stadtverordneter und Vorsitzender der Basisgruppe »Georgi Dimitroff« im Brandenburgischen Viertel, schlug seinen Fraktionskollegen Carsten Zinn vor, der zugleich mit Mandat der LINKEN Ortsvorsteher des Ortsteils ist. Der Vorschlag wurde allerdings aus formalen Gründen abgelehnt.

Carsten Zinn war im April 2011 aus der Fraktion DIE LINKE ausgeschlossen worden und später seitens des Kreisvorstandes mit einem Parteiausschlußverfahren überzogen worden. Als Gerd Markmann im Dezember 2012 in die Stadtverordnetenversammlung nachrückte, erklärte er sich mit seinem Basisgruppenmitglied solidarisch und bildete fortan mit Zinn und einem weiteren Stadtverordneten die Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler. Inhaltlich orientierten sich die beiden am Wahlprogramm der LINKEN und schoben in der Stadtverordnetenversammlung mehrere intensive Diskussionsprozesse an, so beispielsweise zum Thema Baumfällungen, zur Gliederung der Ortsteile und den Rechten der Ortsteilvertretungen und nicht zuletzt zur Schulsozialarbeit

an den Eberswalder Grundschulen. Auf die Frage, wieso Stadt- und Kreisvorstand nicht im Zuge der Kandidatengewinnung auf die »Abtrünnigen« zugegangen waren, antworteten Karin Wagner vom Stadtvorstand und Sebastian Walter vom Kreisvorstand mit Ausflüchten, die alte Vorwürfe wiederholten, und teilweise mit Falschaussagen. So wurde kolportiert, Carsten Zinn hätte die Fraktion »mit Pauken und Trompeten verlassen« – obwohl er die Fraktion nicht aus eigenen Stücken verließ, sondern ausgeschlossen wurde. Zugleich wurde wider besseren Wissens behauptet, daß er sich von der Partearbeit zurückgezogen hätte. Dabei war bekannt, daß er in der Basisgruppe weiterhin sehr aktiv war. Auch sein erfolgreiches Agieren als Ortsvorsteher wurde von den Vorständlern heruntergespielt.

Unter diesen Bedingungen verzichtete Gerd Markmann auf eine eigene Bewerbung. »Ich hatte noch immer die ganz kleine Hoffnung«, erklärte er nach der Veranstaltung, »daß der Stadtvorstand meine Anwesenheit und mein aktives Einbringen in die Wahlprogrammdiskussion zum Anlaß nimmt, mich doch noch kurz vor Toresschluß wegen einer Kandidatur anzusprechen. Die Hoffnung war vergebens. Ich erlebte das als faktischen Rausschmiß aus einer Partei, in der ich immerhin 35 Jahre meines Lebens zu- und nach 1990 sehr aktiv einbrachte und in der ich viel Herzblut ließ. Es tut sehr weh, wenn man erfahren muß, daß Genossen, die einfach mal mit mir zum Zwecke sachlicher Zusammenarbeit reden, danach von Mitgenossen der Fraktion als 'Verräter' bezeichnet werden. Man kann nur hoffen, daß die kommende Wahl für die Fraktion der LINKEN zur Verjüngungskur wird. Tja, und ich werde mir jetzt wohl oder übel ein neues Betätigungsfeld suchen müssen.«

Zum Wahlprogramm gab es zahlreiche Änderungsvorschläge. Neben kleineren redaktionellen Änderungen gehörte dazu die Aufnahme eines Bezugs auf die globalen Ziele der Partei, wie »demokratischer Sozialismus«, »soziale Gerechtigkeit«, Umweltschutz, Frieden und Antifaschismus, dem zugestimmt wurde. Auch der Änderung der Bezeichnung Bürgerhaushalt in Bürgerbudget als Beschreibung der aktuellen Situation fand mehrheitliche Zustimmung. In das Programm aufgenommen wurde ein Passus zur Sicherung der ärztlichen Grundversorgung.

Die von Gerd Markmann beantragte Streichung der Forderung nach Bebauung der Ebert-Straße-Süd wurde knapp mit 8 zu 11 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt. Auch sein Vorschlag zur Aufnahme der Forderung nach Erweiterung der Rechte der Ortsteilvertretungen fand keine mehrheitliche Zustimmung. Schließlich wurde ganz knapp ein Vorschlag abgelehnt, eine Forderung zum Erhalt innerstädtischer Grünflächen aufzunehmen. 9 Ja-Stimmen standen hier 10 Ablehnungen und 2 Enthaltungen gegenüber.

Das gesamte Wahlprogramm wurde schließlich bei einer Gegenstimme mehrheitlich angenommen.

Folgende Wahlvorschläge wurden bestätigt:

Wahlkreis 1:

1. Torsten Duckert (Stadtverordneter, Vorsitzender des Stadtverbandes DIE LINKE), 2. Irene Kersten, 3. Ralf Kaiser (ehrenamtlicher Kreisvorsitzender des DGB), 4. Dr. Ilona Pischel (Stadtverordnete), 5. Fred Spanner (Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung), 6. Edeltraut Jubi, 7. Karl-Dietrich Brückner, 8. Ingo Rätz, 9. Michael Wolf, 10. Reinhard Friese, 11. Hans-Jürgen Müller, 12. Karl-Heinz Barth, 13. Eckhard Schwemmer, 14. Stephan Ansorg (derzeit auf Vorschlag der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler Sachkundiger Einwohner im Ausschuß Kultur, Soziales und Integration).

Wahlkreis 2:

1. Wolfgang Sachse (Stadtverordneter, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE), 2. Roswitha Friese, 3. Volker Passoke (Stadtverordneter), 4. Kornelia Karoline Rätz, 5. Jürgen Wolf, 6. Sabine Büschel (Stadtverordnete), 7. Alexander Merten (Vorsitzender des Kinder- und Jugendparlaments), 8. Ricardo Krems, 9. Kai Jahns, 10. Horst Weingardt, 11. Hans Pieper (Stadtverordneter), 12. Jens-Olaf Melzow.

Daneben wurden drei Ortsvorsteherkandidaten aufgestellt:

Für den **Ortsteil Eberswalde 1** (Stadtmitte, Leibnizviertel, Ostende, Südend) meldete sich noch auf der Versammlung Ingo Rätz, der alle 29 abgegebenen Stimmen erhielt.

Im **Ortsteil Eberswalde 2** will der Amtsinhaber Wolfgang Sachse wieder antreten. Er erhielt 28 Ja-Stimmen und eine Nein-Stimme.

Für den **Ortsteil Brandenburgisches Viertel** wurde der Amtsinhaber Carsten Zinn, wie oben erwähnt, nicht wieder nominiert. Kandidat der LINKEN ist Hans-Jürgen Müller, für den 27 Genossen votierten bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung.

Volkseigentum

Dem LINKEN Wirtschaftsminister Ralf Christoffers bläst momentan der Sturm ins Gesicht. Daß nach CDU und FDP nun auch die Bündnisgrünen seinen Rücktritt fordern, gehört zu den üblichen Politikritualen. Auch die Meldung, wonach sich der Ministerpräsident Dietmar Woidke »explizit hinter ihn« stelle, gehört zu diesen Ritualen. Der Minister hat Fehler gemacht. Teure Fehler für das Land. Aber er traf sicherlich auch richtige Entscheidungen, von denen aktuell nicht berichtet wird. Ob er sich hinsichtlich fehlerhaften und richtigen Entscheidungen von seinen Vorgängern abhebt, wird momentan nicht diskutiert.

Entscheidungen können immer richtig oder falsch sein. Was zutrifft, stellt sich immer erst hinterher heraus. Fehler müssen erlaubt sein, aber auch die Kritik an diesen Fehlern. Nur dann kann man aus den Fehlern lernen.

Ob darin das Ziel der kritischen Oppositionsparteien besteht? Wir wollen jetzt nicht darüber diskutieren, ob Rücktrittsforderungen das geeignete Lerninstrument sind oder ob das nur destruktiv auf die Demontage von Personen und damit von der aktuell herrschenden Koalitionskonstellation zielt. Wichtiger ist, künftige Entwicklungen zu diskutieren, um mögliche Fehler vielleicht schon vorher zu erkennen und damit vermeiden zu können.

Eine Indiskretion aus dem Führungszirkel des Wirtschaftsministeriums machte öffentlich, daß es Überlegungen gibt, die Braunkohleindustrie im Land Brandenburg ins Volkseigentum resp. Landeseigentum zurückzuführen. Da stellt sich zunächst die Frage, wie es geschehen konnte, daß die Braunkohleindustrie, die mal unsere war, in die Hände des schwedischen Königs geriet. Hat er mal was dafür bezahlt? Warum bekam ich von dem Kaufpreis für meinen Anteil am Volkseigentum nichts ab?

In vielen Kommunen, auch in Eberswalde, wird über die Rekommunalisierung der Energieversorgung nachgedacht. Warum also nicht auch auf Landesebene? Freilich erscheint es absurd, wenn von Preisforderungen seitens Vattenfall in Höhe von 4 Milliarden Euro die Rede ist. Wie jüngst zu lesen war, macht Vattenfall aktuell Verluste. Wollen wir die verlustbringende Braunkohleindustrie tatsächlich zurückhaben? Bestimmt nicht für 4 Milliarden Euro und auch nicht für 2 Milliarden.

Dem schwedischen König ist es egal, was hier passiert, wenn seine Staatsfirma hier die Segel streicht. Insofern sollten die Überlegungen im Ministerium von Ralf Christoffers nicht von vornherein verteuelt werden. Für eine Verlustfirma sollte aber nicht mehr als der berühmte eine Euro auf den Tisch gelegt werden. Und auch das nur, wenn ausreichend Rücklagen für die Rekultivierung im Firmenbestand enthalten sind. Die Wiederherrichtung der Tagebaue und sonstigen beanspruchten Flächen ist teuer und wird noch lange dauern.

GERD MARKMANN

Laudatio auf einen Ausgestoßenen

von Johannes Madeja

Zugegeben, der Mann ist unbequem. Er fragt Zimmer wieder nach, bis er alles richtig verstanden hat und dann stellt er weiter kritische Fragen. Nur wenige Ideen findet er sofort gut. Er will nicht glauben sondern wissen und – wie unangenehm! – kontrollieren.

Er weiß viel, besonders wenn es um den öffentlichen Personenverkehr und allgemein um Verkehrspolitik geht. Das hat er studiert, in Dresden an der Technischen Hochschule. Sein Diplom in Verkehrsbauwesen/Verkehrstechnik trägt die Jahreszahl 1974. Auf diesem Gebiet hat er ein Leben lang gearbeitet, zuletzt, bis zum Eintritt in den Ruhestand, als Verkehrsplaner und Stadtentwickler in Berlin.

Er ist jedoch keineswegs, gewissermaßen eingeleigt, auf dieses Thema festgelegt. Als geborener »Grüner« interessieren ihn alle Themen, die im weitesten Sinne »grün« sind und darüber hinaus eine soziale Komponente haben. Er ist mobil, vorzugsweise als Nutzer des öffentlichen Personenverkehrsnetzes. Er liebt aber auch sein Privatfahrzeug, das er fleißig nutzt – das Fahrrad!

Im Jahr 1989 gehörte der Zepernicker zu den Gründungsmitgliedern der Grünen Partei in der DDR und 1993, wieder maßgebend beteiligt, bei der Vereinigung zu Bündnis 90/Die Grünen. Er ist dieser Partei treu geblieben, auch als seine damaligen Partner, wie z.B. Herr Platzeck, aus Karrieregründen die Partei verlassen haben.

Seit 1993 bis heute ist er für diese Partei Kreistagsabgeordneter und Gemeindevertreter, jetzt in der Gemeinde Panketal. Als Kreistagsabgeordneter fehlt ihm lediglich die Zeit zwischen 1998 bis 2003 – als er durch eine Intrige von der Kandidatenliste ausgeschlossen wurde. Jedoch die Bürger in seinem Wohnumfeld vertrauen ihm, denn bei den letzten beiden Kreistagswahlen 2003 und 2008 hat er für seine Grüne Partei die besten Personenergebnisse erzielt. In so langer Zeit lernt man nicht nur seine Partner sondern auch seine politischen Gegner gut kennen. Wer so ist wie er, der wird zwar ob seines Sachverständes geachtet und respektiert, ist aber nicht unbedingt beliebt.

Wer wie er Halbherzigkeit und Heuchelei ablehnt und Verstöße, gar Gesetzesverletzungen offen anprangert, ohne Ansehen der Person, der hat nicht viele Freunde. In den vergangenen beiden Jahren ist die Zahl besonders seiner Parteifreunde deutlich kleiner geworden, er hat dafür neue Freunde gewonnen, die ein bißchen so sind wie er. Es gibt eben nur wenige Menschen, die Kritik vertragen können, besonders wenn der Kritiker den Nagel auf den Kopf trifft. Er hat getroffen, in der jüngeren Zeit sehr oft.

Der Normalfall wäre nun, daß die so zu Recht kritisierten in sich gehen und ihr Verhalten überprüfen und korrigieren. Diesen Nor-

malfall gibt es jedoch nur selten, jedenfalls in politischen Parteien und in der Partei »die Grünen« scheint die Resistenz gegenüber Kritik besonders gut entwickelt zu sein. Ein probates Verfahren, mit Kritik umzugehen ist es, den »Spieß umzudrehen«, den Kritiker als Nestbeschmutzer zu diskreditieren und zu diffamieren und ihm »parteischädigendes Verhalten« vorzuwerfen.

Genau das ist unserem Mann nun passiert. Wir konnten in der Zeitung lesen, daß es nun schon das zweite Parteiausschlußverfahren gegen ihn gibt. Seine beiden Fraktionskollegen im Kreistag haben die Zusammenarbeit mit ihm aufgekündigt und damit gar die Fraktion »platzen« lassen. Ich habe mich gefragt, warum er nicht seinerseits die offenbar gar nicht mehr bestehende Fraktionsgemeinschaft längst beendet hat. Das ist wohl nur so zu erklären, daß er, der Mit-Gründer, sich davor scheut, die »grüne« Fahne zu verlassen, obwohl er längst erfahren konnte, daß andere politische Gruppierungen grünere Fahnen haben, ohne sich werbewirksam »grün« zu nennen.

Wir haben – auch von ihm – nun gelernt, daß überall, wo Grün dransteht, nicht unbedingt Grün drin sein muß. Wir wissen, daß es oft da, wo gar nicht Grün draufsteht, eine Menge Grün drin ist, und das ist gut so!

Nun dürfen wir gespannt sein, wie die Geschichte weitergeht. Im Mai sind Kommunalwahlen. Viele Menschen mit einem »grünen« Herzen werden traditionell wieder »grün« wählen. Es steht dahin, welche »grüne« Partei oder Gruppierung sie ankreuzen werden. Ich weiß gar nicht, ob unser Mann wieder kandidieren wird und, wenn ja, auf welcher Liste. Kommunalwahlen sind ja weniger Parteiwahlen, eher Personenwahlen. Ich sage: den Mann kann, den Mann sollte man wählen, das ist reiner Eigennutz!

Ach ja, das hätte ich ja beinahe vergessen. Sie wissen ja noch nicht, wer der Mann ist. Seine Freunde nennen ihn Jochen. Er heißt HEINZ-JOACHIM BONA.

Vermögensabgabe – ja bitte!

Die deutsche Bundesbank bringt im Kampf gegen die Eurokrise endlich eine Vermögensabgabe für Krisenstaaten ins Spiel. Um Staatspleiten abzuwenden, sollen hochverschuldete Länder ihre Vermögenden zur Kasse bitten.

Eine solche Abgabe könnte die öffentlichen Schulden schnell senken. Die schädliche Kürzungspolitik würde überflüssig und die Krise könnte schneller überwunden werden. Doch warum sollte es die Vermögensabgabe nur in Krisenländern geben? ver.di fordert schon länger eine Vermögensabgabe für alle Euroländer. So könnten Schulden überall schnell reduziert werden, und es könne wieder in Bildung, Infrastruktur und Umwelt investiert werden. ver.di

Deutsch Lesen, Singen, Reden

Neu: Sprachkenntnisse kostenlos verbessern

Im Barnim leben aus unterschiedlichen Gründen Menschen, die – noch – nicht gut Deutsch verstehen und sprechen können: Studierende, Au pair, Gastschülerinnen und -schüler, Flüchtlinge, Angeheiratete, Fachkräfte aus anderen Ländern...

Gemeinsam Texte lesen, Lieder singen und einfach ins Gespräch kommen, kann keinen Deutschkurs ersetzen, aber für den Alltag sehr hilfreich sein. Darum lädt die Evangelische Jugendarbeit Barnim zugezogene und einheimische Jugendliche und Erwachsene ein, zu nächst einmal im Monat.

In Bernau im Jugendtreff Offene Hütte, Kirchplatz 10: Dienstag, 04.03., 22.04., 06.05., 03.06., 01.07., jeweils 19 bis 20 Uhr.

In Eberswalde im Jugendtreff Wolke 6, Kirchstraße 6: Dienstag, 18.03., 29.04., 13.05., 17.06., jeweils 19 bis 20 Uhr

Ansprechbar sind die Jugendmitarbeiter, die auch gern Einladungen mit englischer, französischer, russischer, polnischer, spanischer und vietnamesischer Übersetzung verschicken:

Bernau: Dieter Gadischke, Tel. 03338/709868, kjw-bernau@web.de; Eberswalde: Heinrich Oehme, Tel. 0176/8938381, heinrichoehme@gmx.net

DIETER GADISCHKE

Mehr Schweiz wagen

Das war das Motto der Auftaktveranstaltung 2014 der beliebten Reihe »Offene Worte mit Dagmar Enkelmann« in Bernau. Sie hatte sich dazu den Schweizer Botschafter Tim Guldemann eingeladen. Guldemann ist ein erfahrener Diplomat, der vor seiner Akkreditierung in Berlin im Iran und in schwieriger Mission in Afghanistan und als Leiter der OSZE-Mission in Tschetschenien und Kroatien tätig war. Und wie es sich seiner Meinung nach für einen Diplomaten gehört, ist er eher ein Mann der leisen Töne. Bei aller gebotenen Zurückhaltung scheut er sich jedoch nicht, seine Meinung zu Themen der Zeit auch ganz deutlich und direkt zu vertreten. Das zeigte sich auch im Gespräch mit Dagmar Enkelmann und den Bernauern, die zahlreiche Fragen an den Schweizer Botschafter hatten.

hier die Quoren der Beteiligung viel zu hoch. Das führe zur Politikverdrossenheit, findet er. In der Schweiz werden die Bürgerinnen und Bürger schon vor Entscheiden auf allen Ebenen einbezogen. Das Votum von nur zwei Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung reicht hier aus, um ein Referendum über ein Gesetz zu imitieren. Für einen Einspruch gegen ein Gesetz reicht sogar ein Prozent. Weniger gut findet der Botschafter, daß rund 25 Prozent der Schweizer Bevölkerung, so hoch ist nämlich der Ausländeranteil im Alpenland, bis auf wenige kommunale Entscheidungen weitgehend von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen ist. In der Schweiz werden Volksabstimmungen vor allen wichtigen großen Infrastrukturprojekten und zu ihren Kosten durchgeführt, erläuterte der Botschafter.

Auf Anfragen zum Schweizerischen Rentensystem erklärte Guldemann, daß es in der Schweiz ein Zwei-Säulen-Modell gibt. In die staatliche Umlage-Versicherung zahlen alle Einwohner acht Prozent von ihrem Einkommen ein, egal ob Lagerarbeiter oder Millionär und erhalten dafür eine begrenzte Grundrente. Die zweite Säule ist die Kapital-Anwartschafts-Versicherung, die ebenfalls obligatorisch für alle ist. Beamte, die von der Einzahlung befreit sind, gibt es in der Schweiz nicht mehr. Durch diese Einbeziehung aller und die hohe Zuwanderung junger Leute stehe das Rentensystem in der Schweiz auf einer sichereren Basis.

Der Schweizer Botschafter bedauerte, daß es zum Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz nicht gekommen sei, aber er ist zuversichtlich, daß es in Zukunft Steuerhinterziehung via Schweiz nicht mehr in dem Ausmaß geben werde. Der Finanzplatz Schweiz sei zu wichtig, als daß man ihn aufs Spiel setze. Die Banken selbst würden dafür sorgen, daß in Zukunft Gewinne auch versteuert würden.

Auf sein Verhältnis zu den Ostdeutschen angesprochen antwortet der Botschafter der Schweizer Eidgenossen: »Es eint uns eine pragmatische Zurückhaltung.«

MARGOT ZIEMANN



Was Volksabstimmungen und Referenden anbetrifft, kann die Schweiz durchaus als Vorbild dienen. Alle Gesetze und sogar die Verfassung können Gegenstand eines Referendums sein. An Deutschland bemängelt der Schweizer Botschafter, daß auf Bundesebene überhaupt keine Volksabstimmungen möglich seien und daß die Bürger über das Wichtigste, nämlich über das Geld, bzw. über die Haushalte, nicht mitentscheiden dürfen. Außerdem seien

50 Jahre Kreisfotoschau

Eberswalde (bbp). Bis zum 28. März wird die 19. Kreisfotoschau in der Kleinen Galerie im Sparkassenforum, Michaelisstraße 1, präsentiert. Insgesamt wurden 500 Arbeiten eingereicht, von denen 120 gezeigt werden. Zu sehen sind Arbeiten von Fotografen aus den Landkreisen Barnim und Märkisch-Oderland sowie Partnerstädten.

Initiiert hat den Wettbewerb der Fotoklub des Eberswalder Kulturbundes und die Gesellschaft für Fotografie des Landes Brandenburg sowie der Deutsche Verband für Fotografie. Die inzwischen 19. Kreisfotoschau startete 1964 mit zunächst unregelmäßigen Auflagen. Seit 1989 wird sie alle zwei Jahre veranstaltet. Mit ihrer 50-jährigen Geschichte ist sie eine der ältesten Fotoausstellungen für Amateur- und Berufsfotografen im Land Brandenburg. Öffnungszeiten: montags und freitags von 8.30 bis 16 Uhr, dienstags sowie donnerstags zwischen 8.30 und 18 Uhr und mittwochs von 8.30 bis 13 Uhr.

Kontakt: www.eberswalderkulturbund.de

Enge Kooperation vereinbart

Eberswalde (prest-ew). Die Stadt Eberswalde und die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) wollen ihre Kooperation intensivieren. Dazu trafen sich Ende Januar 70 Vertreter von Rathaus und HNEE, um die Eckpunkte künftiger Zusammenarbeit abzustimmen. Dabei verwies Bürgermeister Friedhelm Boginski auf die herausragende Bedeutung der HNEE für Eberswalde und erklärte: »Die Kooperation mit der Hochschule ist für mich und die Stadt eine Herzensangelegenheit.«

HNEE-Rektor, Prof. Günther Vahrson, erinnerte daran, daß es schon einige gute Kooperationsprojekte zwischen Stadt und HNEE gebe. »In Eberswalde ist es auf wunderbare Weise gelungen, die Hochschule in die Stadt zu integrieren. Die Veranstaltung belegt, daß die Kooperation zwischen Stadt und HNEE weiter ist, als bisher angenommen.« Bei »Stadt trifft Hochschule« wurden nach Diskussion in den sechs Arbeitsgruppen (Ökologie, Wirtschaftsförderung, Forst, Regionalentwicklung, Kultur & Soziales sowie Tourismus und Öffentlichkeitsarbeit) u.a. vereinbart, künftig beim Stadtfest FinE und dem Tag der offenen Tür sowie im Bereich Gesundheitsmanagement noch enger zusammenzuarbeiten, ausländische Studenten sollen ihr Heimatland in städtischen Kitas und Schulen vorstellen und im Bereich Wirtschaftsförderung soll ein »Start-up-Center« am Bahnhof entstehen sowie Zustands- und Bedarfsanalysen der lokalen Wirtschaftslandschaft erstellt werden. Gute Beispiele bisheriger Kooperation sind die Stiftung WaldWelten, der Forstbotanische Garten, Projekte zum Natur- und Artenschutz im Eberswalder Zoo, die wissenschaftliche Expertise und Begleitung praktischer städtischer Arbeit (z.B. beim Klimakonzept oder dem Mietspiegel) sowie waldpädagogische Angebote in den städtischen Bildungseinrichtungen.

Einladung zum Fachgespräch Landgrabbing in Brandenburg – was tun?

Freitag, 21. Februar 2014, 11.30 – 16.30 Uhr
HNE Eberswalde, Aula (Haus 6)
Friedrich-Ebert-Str. 28, 16225 Eberswalde

Die Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg lädt Sie herzlich zum Fachgespräch »Landgrabbing in Brandenburg – was tun?« nach Eberswalde ein. Mit zahlreichen Experten, wie mit AXEL VOGEL (Fraktionsvorsitzender B90/Grüne im Landtag Brandenburg), CARLO HORN, Naturland-Berater, und PETER POLLACK, dem letzten Landwirtschaftsminister der DDR, sprechen wir über Hintergründe und Auswirkungen des Landgrabbing in Brandenburg. Zusammen möchten wir der Frage nachgehen, wie sich die Agrarwirtschaft in Brandenburg 25 Jahre nach der Wende entwickelt.

Landgrabbing ist längst ein Phänomen, das auch für den ostdeutschen ländlichen Raum diskutiert werden muß. Das gezielte Kaufen von Land durch Spekulanten und nichtlandwirtschaftliche Investoren wird öffentlich kaum bemerkt, die Landwirtschaft erfährt dadurch jedoch einen radikalen Wandel. Agrarland ist in den vergangenen Jahren zu einer Wertanlage geworden. Kapitalgesellschaften und Großkonzerne kaufen in großem Stil Landwirtschaftsbetriebe mitsamt den zugehörigen Ländereien. Befördert wird dies durch die Überbleibsel der LPG-Strukturen und unterstützt durch die derzeitige Politik. So darf die bundeseigene Bodenverwertungs und -verwaltungs GmbH (BVVG) vorhandene Flächen nur an die Höchstbietenden vergeben, um den größtmöglichen Gewinn davonzutragen. Mit dem Ergebnis, dass es sowohl für kleinere Betriebe, Jung- als auch für Öko-Landwirte immer schwieriger wird, eigene Flächen zu halten oder neue zu erwerben. Seit 2006 sind die Boden- und Pachtpreise in Ostdeutschland um 132 Prozent gestiegen.

Die Gewinne aus dieser Entwicklung kommen nur selten den regionalen Strukturen zugute. Landgrabbing verändert immer stärker das soziale und ökologische Aussehen des ländlichen Raums in Brandenburg. In dem Fachgespräch sprechen wir über Hintergründe und Auswirkungen des Landgrabbing im Land Brandenburg.

DANIELA KREBS

2. Energieforum

Um weiterhin viele gute Projekte im Barnim zu initiieren, soll am 7. und 8. März 2014 das 2. Energieforum Uckermark-Barnim unter dem Titel »Sicherung einer nachhaltigen Energieversorgung in der Region Uckermark-Barnim« stattfinden. Neben Fachvorträgen am Freitag ist am Samstag ein Ausstellertag rund um das Thema Energie mit buntem Familienprogramm geplant.

INA BASSIN

Mehr Menschen, höhere Kosten

oder was man aus einer Studie so alles lernen kann (Teil 3)

Dr. Reiner Klingholz vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung vertritt in seiner Studie »Vielfalt statt Gleichwertigkeit« eine andere Auffassung als unsere Überschrift aussagt. Er schreibt: »Je weniger Menschen in einer Region leben, desto teurer wird die Versorgung«. * Diesem Widerspruch nachgehend betrachteten wir in Teil 1 die Versorgung mit Lebensmitteln und Dingen täglichen Bedarfs, mit Energie und mit öffentlicher Bildung und schließlich mit Straßen und anderem. Im Teil 2 stand dann das leidige Thema Wasser und Abwasser im Mittelpunkt. Abschließend werden wir sehen, wozu diese Studie eigentlich dienen soll.

In der Studie »Vielfalt statt Gleichwertigkeit« ist zu lesen: »Wir müssen uns vom Anspruch der Gleichwertigkeit verabschieden und alternative Modelle finden«. Damit ist gemeint: Wir müssen uns vom in Deutschland geltenden Prinzip der gleichwertigen Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes verabschieden. Allerdings gibt es jetzt ein Problem: dieses Prinzip ist in Deutschland Gesetz, Grundgesetz!

Den hehren Anspruch der Gleichwertigkeit hatte übrigens bereits die Partei- und Staatsführung der DDR formuliert und, nicht nur für ihre führenden Genossen, auch realisiert, allerdings mit territorialen Unterschieden, d.h. nicht durchgehend. Für die breite Masse war die »Beseitigung des Unterschieds zwischen Stadt und Land« immer ein Traum – und der ist es geblieben. Prinzipien werden immer erfunden, um prinzipiell nicht eingehalten zu werden.

Aber wer will uns denn nun verabschieden von einem Anspruch, den wir nie wirklich hatten, einem Ziel, das wir nie erreicht haben? Sie werden es mir sofort glauben. Es ist Herr Töpfer, pardon: Herr Prof. Dr. phil. Klaus Töpfer, Exekutivdirektor des IASS (Potsdam Institute for Advanced Sustainability Studies) und vormaliger Bundesumweltminister (CDU) – so viel Zeit muß sein! Na, jetzt klingen doch die Alarmglocken – oder immer noch nicht?

In der Studie – das IASS hat ja mitgewirkt – ist folgendes zu lesen: »Wo nur noch wenige Personen leben und junge Menschen abwandern, lohne es sich nicht, zentralisierte Abwasserentsorgungsanlagen« (hört! hört!) »zu betreiben, neu Straßen zu bauen oder den Linienverkehr aufrecht zu erhalten.« Und was ist dem Herrn Professor dazu eingefallen? Nichts! Fast nichts! Flexible Verkehrskonzepte, Fernschulen, mobile Arztpraxen, Verkaufswagen für Lebensmittel, Fleisch und sogar Gemüse und Obst (wo man natürlich mehr bezahlen muß als im Supermarkt). Das alles gibt es schon! Hauswasserwerke und Grundstücksanlagen zur Schmutzwasseraufbereitung – das ist alles nicht neu!

Aber so ein Professor hat, das versteht sich von selbst, doch ein bißchen Neues zu bieten, auch wenn es nur wenig zu sein scheint. Die Studie, an der ja Herr Töpfer mitgearbeitet hat, enthält am Schluß das wichtige Kapitel Handlungsempfehlungen. Da gibt es für fast alle Bereiche kluge Hinweise, nicht immer neu, aber viel Bekanntes ist gut sortiert aufgeschrieben. Das sollte man aufmerksam lesen. Ich habe den »roten Faden« gesucht – und gefunden! Die Autoren, Herr Töpfer wird als Autor

nicht genannt, kommen am Ende fast jeden Teilabschnitts zu dem Schluß, daß vorhandene, nicht mehr benötigte Infrastruktureinrichtungen, wenn sie schon nicht zurückgebaut werden können (das wird zu teuer!), dann aber jedenfalls bezahlt werden müssen und daß es dazu dann Fonds geben muß. Sicher habe ich richtig verstanden, daß diese Fonds aus Steuermitteln gebildet werden sollen, daß also letztlich wieder der Bürger bezahlt!

Ich sage es noch deutlicher: Auch wenn im Dorf niemand mehr wohnt, die (Fehl-) Investitionen müssen weiter bezahlt werden und Gewinn sichern. Auch Fehlinvestitionen sind so profitabel! Davon träumt jeder Unternehmer!

Da frage ich mich allen Ernstes, ob die Autoren selbst begriffen haben, was sie da geschrieben haben. Ich fürchte ja! Das kann aber nicht funktionieren! Herr Töpfer meint: »Im Extremfall (wann ist der?) müßten sogar Entsiedlungskonzepte entwickelt werden.« Daß die natürlich auch wieder der Steuerzahler zu tragen hat, das hat Herr Töpfer nicht gesagt, aber natürlich weiß er das!

Damit ist die Katze nun endgültig aus dem Sack! Wir wissen jetzt, warum es diese Studie gibt. Sie ist der wissenschaftliche Beweis dafür, daß Steuergeld bereitgestellt werden muß, um letztendlich Profite, Dividende, Performance, Gewinne zu sichern. So etwas wird gebraucht!

Es gibt aber auch einen ganz »positiven« Aspekt! Der war jedoch nicht Thema der Studie. Da kann man – wenn man reich genug ist – dann, nach Entsiedlung, vielleicht ein schickes Häuschen, eine protzige Villa oder gar ein kleines Schloß, vielleicht sogar ein ganzes Dorf billig kaufen. Na, das ist doch mal ein prima Konzept, ein konkretes Anlagekonzept!

Wer hat doch gleich die Studie in Auftrag gegeben? Ich ahne es, weiß es aber nicht. Es steht nämlich nicht drin! Aber eines weiß ich: Wir alle haben sie bezahlt, mit unserem Steuergeld. Das Wort Entsiedlungskonzepte hat das Potential zum Unwort des Jahres. Eine gute Freundin hat mir geschrieben: Wenn ich das lese, dann kann ich gar nicht so viel fr... wie ich ko... möchte! Das war deutlich für eine feine Dame, die sie ist, aber nicht sein will, aber sie hat wohl Recht!

JOHANNES MADEJA
für Wasser in Bürgerhand (W!B)

* (http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Vielfalt_statt_Gleichwertigkeit/Vielfalt_statt_Gleichwertigkeit_online.pdf)

15. Baumriesen-Aktion

Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald – Landesverband Brandenburg e.V. (SDW) und der Landesbetrieb Forst Brandenburg (LFB) suchen die dickste Eiche Brandenburgs.

Baum des Jahres 2014 ist die Traubeneiche (*Quercus petraea*). Da sich Eichenarten nur von Fachleuten mit Gewißheit unterscheiden lassen, wird in diesem Jahr vereinfacht Brandenburgs dickste Eiche zur Fahndung ausgeschrieben. Bei der Ergebniskontrolle der Spitzenkandidaten durch die Fachleute des Landeskompetenzzentrums Forst Eberswalde wird dann die genaue Art bestimmt. Die Präsentation des Rekordträgers findet traditionsgemäß Ende April statt.

Hinweise zur Messung

Wenn Sie sich auf Baumjagd begeben möchten, dann stecken Sie in Vorbereitung auf den nächsten Waldspaziergang ein beliebiges Maßband in Ihre Jackentasche. Haben Sie eine besonders dicke Eiche gefunden, dann messen Sie zunächst 130 cm vom Boden nach oben. Auf dieser Höhe messen Sie anschließend den Umfang des Stammes. Wir empfehlen mindestens zwei Messungen durchzuführen und den Durchschnittswert zu ermitteln. Gerne können Sie auch den örtlichen Förster auf den Baum aufmerksam machen. Ihren Kandidaten übermitteln Sie bitte, bis zum 16. März, mit Umfang und Standortsbestimmung (gerne mit GPS-Daten) an die Geschäftsstelle der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (Schwappachweg 13, 16225 Eberswalde).

Die brandenburgischen Waldfreunde wenden sich mit ihrem Aufruf in diesem Jahr besonders an die Schulen und Lehrer. Diese werden gebeten, die »Fahndung nach dem Spitzenbaum des Jahres« wenn möglich zu praxisnahem Unterricht im »Grünen Klassenzimmer«, zu Ex-



kursionen, Projekten, Ganztags- oder AG-Arbeit zu nutzen, weil: im Wald kann Mathematik (»Försterdreieck« bilden), Biologie, Geschichte, Erdkunde ... auf solche Weise zu einer für alle Seiten spannenderen und nachhaltigeren Sache werden. Hilfestellung geben dabei gerne die Brandenburger Waldschulen.

In den vergangenen Jahren wurde bei den Aktionen nach den höchsten Bäumen gesucht. Interessantes und Wissenswertes zu hohen Bäumen in Brandenburg, Deutschland, Europa und der Welt erfährt man aus der Anlage zu »Spitzenbäumen«.

Aufgrund der Wuchsform der Eiche eignet sich jedoch der Umfang besser als Rekordkriterium. Informationen zu Deutschlands dicksten Bäumen finden Sie unter www.monumentaltrees.com.

MORITZ WENNING

Gen-Mais auf Brandenburger Äckern

Die Brandenburger Bundestagsabgeordneten von CDU, mit Ausnahme von Georg von der Marwitz und Martin Patzelt, und SPD haben am 30. Januar wie fast alle Abgeordneten der Großen Koalition ein deutliches »Nein« der Bundesregierung zur Neuzulassung der Genmais-Sorte 1507 auf EU-Ebene abgelehnt.

Dies ist ein verheerendes Signal für den ländlichen Raum. Eine Zulassung des Gentech-Maises schadet Landwirten, Imkern und unserer Ernährungswirtschaft. Ihnen allen entstehen hohe Kosten und großer Aufwand zur Reinhaltung ihrer Produkte vor gentechnischen Verunreinigungen. Die übergroße Mehrheit der Menschen will keine Gentechnik auf dem Teller oder dem Acker.

Erstmals seit 15 Jahren droht nun die erneute Aussaat von Genmais auf Brandenburger Äckern. Der Brandenburger Landtag hat sich zwar im September 2011 gegen den Einsatz von Gentechnik auf Äckern im Land ausgesprochen. Bindend ist dieser Beschluß jedoch nur für landeseigene Flächen. Landwirte auf anderen Flächen sind daran nicht gebunden, sofern die neue Sorte EU-weit zugelassen wird.

Gentech-Mais 1507 produziert selbst ein Insektengift. Außerdem verträgt er die Behandlung mit dem gefährlichen Unkrautvernichtungsmittel Glufosinat. Wie gefährlich der Genmais 1507 für Umwelt und Gesundheit ist, wurde nicht gründlich genug untersucht. Der neue Gentech-Mais ist um ein vielfaches giftiger als sein Vorgänger MON810, der aufgrund seiner ökologischen Risiken in Deutschland verboten ist.

Das Abstimmungsverhalten der Brandenburger SPD-Abgeordneten Andrea Wicklein, Dagmar Ziegler, Ulrich Freese und Stefan Zierke steht im klaren Widerspruch zur Position der SPD, die sich in den letzten Jahren stets gegen die Agrogentechnik ausgesprochen hat.

ANNALENA BAERBOCK,

MdB von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg

Fracking beim Nachbarn

In Polen plant man nicht nur den Bau von Atomkraftwerken. Schon in diesem Jahr will man dort mit der kommerziellen Schiefergas-Gewinnung beginnen. Der polnische Vizeumweltminister Piotr Wozniak informierte Ende vorigen Jahres über den »erfolgreichen hydraulischen Schichtaufbruch (Fracking) in der vertikalen Bohrung Lewino« durch das Unternehmen San Leon, der dies möglich mache. Der Vizeminister sei zuversichtlich, berichtete der Radiosender »Stimme Rußlands«, daß wegen des Bohrerfolgs im Jahr 2014 auch andere Unternehmen ihre Aufmerksamkeit in Richtung Polen lenken würden. Im Jahr 2014 »startet in Polen die kommerzielle Gewinnung«, zeigte sich der Vizeumweltminister zuversichtlich.

Indes mehren sich Meldungen, die von der Gefahr des neuen Verfahrens zeugen. So hat in dem US-Bundesstaat Oklahoma die Anzahl der Erdstöße seit 2009 um das Dreißigfache zugenommen. Erst zu Weihnachten erschütterten Erdstöße der Stärke 4,5 weite Teile Oklahomas. Dabei galt die Gegend in den 1980er und 90er Jahren als seismisch ruhig. Noch sind die Ursachen der zunehmenden Seismik unbekannt. Allerdings gibt es in Oklahoma mehr als 4.000 Erdöl- und Erdgasbohrungen. Und vermehrte Erdaktivitäten werden gerade an den Orten beobachtet, wo Schiefergas mittels Fracking gefördert wird. Dabei wird Wasser unter hohem Druck in das Bohrloch gepumpt. Das Gestein hält diesem Druck nicht stand, bricht auf und setzt das Erdgas frei. Es werden also bewußt kleine Erdbeben erzeugt, die für sich genommen kaum Auswirkungen haben. Großflächig im industriellen Maßstab angewandt, verändert das Verfahren jedoch den inneren Druck ganzer Gesteinsschichten, wodurch heftige Erdstöße entstehen können.

Neben den Erdbebengefahren kritisieren Umweltschützer, daß durch das mit chemischen Mitteln angereicherte Wasser das Grundwasser vergiftet wird und große Mengen an Methan in die Atmosphäre gelangen.

In Rumänien gab es vor Weihnachten sogar große Protestdemonstrationen, weil die US-Firma Chevron mit dem Segen der Regierung bei Pungesti im Nordosten Rumäniens mit der Schiefergasförderung begonnen hat. Die rumänische Polizei und Truppen des Innenministeriums trieben die Demonstranten gewaltsam auseinander und räumten unter Einsatz von Tränengas das Protestlager bei Pungesti. All das spiegelte sich freilich in den hiesigen durch die Kiewer Ereignisse ausgelasteten Medien kaum wider. Inzwischen wird das Gebiet von den rumänischen Ordnungskräften blockiert, während die Suche nach Schiefergasvorkommen auf andere Gebiete ausgeweitet wird. Trotz der Gewalt gehen aber auch die Proteste weiter.

Aus Polen sind indes noch keine Proteste der Bevölkerung aus den vom Fracking betroffenen Gebieten bekannt.

Warum besteht plötzlich so ein großes Interesse für die Ukraine? Ein Land, von dem die »Deutschen« laut Umfrage außer vom guten Fußball sehr wenig wissen. Nicht einmal, daß in diesem fruchtbaren Land ein Volk mit eigener Sprache und wunderschönen Liedern und Tänzen lebt, daß es einst enge Beziehungen zwischen der DDR und der Ukraine gab, daß die Krim ein beliebtes Urlaubsziel war, daß junge Menschen aus der ganzen Welt – so wie ich – an ukrainischen Hochschulen studiert haben, daß die ukrainische Küche unvergleichlich gut ist....

Der **Anlaß** der jetzigen »Unruhen« war die vorläufige Aussetzung der Unterzeichnung eines seit langem vorbereiteten Assoziierungsabkommens mit der EU durch den Präsidenten der Ukraine. Er hatte handfeste Gründe, denn die EU hatte nicht viel anzubieten, wenn man von der Anpassung an die Brüsseler Gesetze, dem Ausbau eines Rechtsstaats nach westlichem Verständnis und der Forderung der Distanzierung von »Moskau« absieht. Stillschweigend wird vorausgesetzt, daß eben dieses westliche Modell gut für die ganze Bevölkerung der Ukraine ist. Es wird gar nicht in Erwägung gezogen, nationale Besonderheiten zu beachten. Die seelische und soziale Situation der postsozialistischen Gesellschaft ist äußerst schwierig zu beurteilen und zu verstehen. Es sei hier besonders die Lektüre des neuen Buches von SWETLANA ALEXIJEWITSCH aus Minsk: »Secondhand-Zeit«, Hanser Berlin 2013, empfohlen.

Der »Maidan« wird einfach mit dem ganzen Volk gleichgesetzt. Es ist fraglich, ob die »Oppositionsführer« ein demokratisches Land aufbauen können und wollen. Angst machen mir die rechten Nationalisten, die auch in der Tradition der Bandera-Banden stehen. STEPAN BANDERA wird vor allem im Westen des Landes als Nationalheld verehrt, gilt in der Ostukraine als Nazi-Kollaborateur und Verbrecher (http://de.wikipedia.org/wiki/Stepan_Bandera).

In den letzten Jahren hat es aus »Europa« so gut wie keine Unterstützung für die Ukraine gegeben und auch das angestrebte Abkommen hatte nichts Gutes im Gepäck, im Gegenteil. Die soziale Situation hätte sich weiter verschlechtert, außerdem stand der Winter vor der Tür.

Die deutschen Wirtschaftslenker sind vor allem aus ökonomischen Gründen wesentlich klüger: »Rückblickend war es nicht besonders klug, wie die Gespräche zum Assoziierungsabkommen mit der Ukraine gelaufen sind«, kritisierte ECKHARD CORDES, Chef des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, auf die Frage von EurActiv.de: »Zu einer Lösung kommt man nur unter Einbeziehung aller drei Regionen – Ukraine, Russland und EU – und nicht nach dem Motto: Entweder geht ihr dahin oder dorthin. Das ist undenkbar und wird nicht funktionieren!« (30.01.2014).

Diese Einschätzung trägt auch der historischen und jetzigen Situation Rechnung. Die Kiewer Rus war schon vor mehr als 1.000 Jah-

Zur Krise in der Ukraine

von Dr. Magdalene Westendorff

Die aktuelle Lage in der Ukraine ist jetzt ein Dauerthema der westlichen Medien, die sich mit Berichten überschlagen. Meist sind diese leider einseitig, verschweigen viel und schlagen vor allem pausenlos auf die jetzige Regierung und »Rußland« (Putin) ein. Sie werden schon als »Machthaber« bezeichnet, als ob sie nicht gewählt worden wären. Man weint Krokodilstränen um das ukrainische Volk.



Der Krestschatik im Zentrum von Kiew mit Blick auf die andere Seite des Maidan.

ren die Wiege der altrussischen Völker, die jetzt vor allem in den Staaten der Russischen Föderation, in der Ukraine und Weißrußland leben. Es ist fahrlässig, wenn man bei der Beurteilung der jetzigen Vorgänge die komplizierte Geschichte der engen Verflechtung dieser Völker ausblendet, insbesondere die wechsellagernden tragischen Jahre des 20. Jahrhunderts.

Die westlichen Medien haben ein altes Feindbild wiederbelebt: »Moskau« bzw. »die Russen« oder kurz: »Putin«! Statt sich an historische Fakten zu halten, ist immer von der russischen Armee im 2. Weltkrieg die Rede, die »Russen« waren auch in der DDR und anderen Ländern Osteuropas stationiert. Es war aber die Rote bzw. Sowjetarmee. Und zur UdSSR gehörte auch die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik, die einen eigenen Sitz in der UNO hatte.

Im Großen Vaterländischen Krieg kämpften alle Völker der Sowjetunion gegen die faschistische Okkupation. Die Befreiung war das Ergebnis der Anstrengungen dieser Völker. Unter unglaublichen Entbehrungen und Leiden wurde der Sieg errungen. Und vergessen wir nicht: es waren eben Deutsche, die mit unvorstellbarer Grausamkeit vor allem den europäischen Teil der SU verwüstet, förmlich abgebrannt und »entvölkert« haben. Es wurden Millionen

»Untermenschen«, Söhne und Töchter der vielen Völker der UdSSR, umgebracht. Dort, wo jetzt das Kiewer Zentrum mit dem Maidan und der Hauptstraße, dem Krestschatik, ist, war nach dem Bombenkrieg nur Schutt und Asche. Nicht weit davon entfernt liegt die Schlucht Babyn Jar. Diese Schlucht war 1941 der Schauplatz der größten einzelnen Mordaktion an jüdischen Männern, Frauen und Kindern im Zweiten Weltkrieg, die unter der Verantwortung des Heeres der Wehrmacht durchgeführt wurde (de.wikipedia.org/wiki/Babyn_Jar). Die Razzien mit anschließender Erschießung von Frauen und Kindern als Rache für die Partisanenaktionen fanden auch im Zentrum, besonders oft auf dem Markt, statt.

Auch die Verbrechen der Stalinzeit wurden nicht von »den Russen«, sondern von Schergen verschiedener Nationalität verübt.

Der Zerfall der Sowjetunion und die folgende Erringung der staatlichen Eigenständigkeit der Ukraine bedeutet nicht, daß es der Wunsch der Menschen ist, sich nun ganz dem »Westen« zuzuwenden. Die Forderung, sich von den historisch gewachsenen gemeinsamen kulturellen und wirtschaftlichen Wurzeln abzuschneiden, ist völlig lebensfremd. Die Ukraine braucht für eine gute Entwicklung beides: Verbindungen nach Ost und West.

Warum aber nun ein so harter EU/USA/NATO-Kurs? Manche sehen den neuen »Eisernen Vorhang«, der rings um die Russische Föderation reichen soll:

»In Wahrheit geht es um ein neues und großes geopolitisches Spiel. Soll die EU wirklich bis Armenien und Georgien reichen? Wären da nicht Freihandelsabkommen, denen nicht expansiver Ehrgeiz aus allen Knopflöchern stinkt, der bessere Weg der Assoziation?«, (THEO SOMMER am 25.11.2013, www.zeit.de/politik/ausland/2013-11/ukraine-russland-eu-eisernervorhang).

Es kann doch in einem modernen Europa nur darum gehen, die Demokratie als Ganzes zu verteidigen: also den demokratischen Kräften im besten Sinne des Wortes beizustehen. Und hier zeigt sich, daß die EU in den letzten Jahren nicht einmal eine Visafreiheit für die Bürger der Ukraine eingeführt hat, obwohl umgekehrt die EU-Bürger schon seit Jahren visafrei in die Ukraine einreisen können.

Nur die russische Regierung war bereit zu helfen, das Schlimmste, nämlich den Staatsbankrott, abzuwenden und ein Zusammenbrechen der Gasversorgung im kalten Winter zu verhindern. Bezahlen muß letztendlich das russische Volk und nicht VLADIMIR PUTIN.

Egal, wie man zu VIKTOR JANUKOWITSCH, dem jetzigen Präsidenten, steht: Welche Wahl hatte er denn bei den Knebelangeboten des Westens? Ultimaten hält auch der frühere Präsident, VIKTOR JUSCHTSCHENKO, für ungeeignet. Die gewaltsamen Aktionen auf dem »Maidan«, dem Platz der Unabhängigkeit, und im Zentrum Kiews sowie auch in einigen Städten des gesamten Landes sind unter dem Beifall des Westens eskaliert. Es wurde erst spät zum Gewaltverzicht auf »beiden Seiten« der Barrikaden aufgerufen. Randalierer werden als Opfer dargestellt. Was in Deutschland und den USA niemals geduldet werden würde, nämlich staatliche Gebäude zu besetzen, die städtischen Versorgungsbetriebe in ihrer Arbeit zu behindern und ganze Straßen zu verbarrikadieren, ist also in Kiew erlaubt und eine Amnestie auch für Verbrecher wird gefordert.

Es geht nicht darum, staatliche Gewaltmaßnahmen zu rechtfertigen, aber Ursache und Folgen sollten nicht verwechselt werden. Eine weitere Eskalation mit Blutvergießen und einem möglichen Bürgerkrieg ist das denkbar schlechteste Szenario. Es ist zu hoffen, daß sich doch zumindest bei einigen der westlichen Politiker die Einsicht durchsetzt, daß die Ukraine ein souveränes Land sein darf mit guten Beziehungen nach Ost und West. Und wir sollten die Kräfte unterstützen, die den Willen und die Weisheit haben, einen Weg aus der Krise zu finden. Der Vorschlag der ukrainischen Regierung auf der Sicherheitskonferenz in München, Rußland an den Gesprächen zum Assoziierungsabkommen mit der EU zu beteiligen, ist zu begrüßen. Die angedrohten Sanktionen werden die Krise verschärfen. Jedes Aufrüsten – sei es vorerst auch nur mit Worten – ist gefährlich.

Schweyk in Erklärungsnot

Zu Dr. Steffen Peltschs Glosse »Bart und Bonzen« (BBP 1/2014)

Steffen Peltsch ist sichtlich irritiert., daß die beiden sächsischen »Ulkmudeln« Bernd Lutz Lange und Tom Pauls sich zwar unaufgefordert, aber doch genötigt sahen, ihren Verbleib in der DDR dem MDR-Publikum gegenüber zu rechtfertigen. Diese Irritation hat etwas für sich, wenn man bedenkt, daß die Mehrheit dieses Publikums ja ihrerseits im Arbeiter- und Bauernstaat verblieben war, bis man sich 1990 anschickte in den »ersten freien Wahlen« mehrheitlich ein Parteienbündnis zu wählen, das den »Beitritt« nach Art. 23 des GG, organisiert hat, eines Artikels, der bislang in den westdeutschen Szenarien der »Wiedervereinigung« keine Rolle gespielt hatte und auch nicht dafür gedacht war.

Thomas Rosenlöcher, auch ein Dagebliebener, dämmerte bereits im Dezember 1989 bei der Abfassung seines Dresdener Tagebuchs »die Anziehungskraft des Westens«, die so groß war, daß »selbst die Pflastersteine sehen, daß sie fortkommen. Und den Pflastersteinen folgen die vielen Füße. Von den vielen aber, die vor kurzem noch 'Wir bleiben hier!' riefen, wollen unterdessen etliche auch nach drüben, nun aber möglichst gleich mitsamt dem gesamten Land...« (Thomas Rosenlöcher, Die verkauften Pflastersteine – Dresdener Tagebuch, Frankfurt a. M., S. 72)

Auch der Schweyk, der ja immer weiß, woher der Wind weht, sieht sich diesem Erklärungszwang ausgesetzt und legt deshalb ei-

ner Journalistin im Café Einstein dar, weshalb auch er nach dem Einmarsch der Sowjettruppen in Prag 1968 noch im Lande verblieben war und deshalb in den 80er Jahren nicht an der großen Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten teilnehmen konnte:

»Ich war ja nicht dabei, ich hab ja Hunderl verkaufen müssen in Prag. An eine Ausreise für mich war damals eh nicht zu denken - und unsere Leut waren ja schon draußen. Ja, ich weniger, aber machens mir bitte keinen Vorwurf draus - wo hätt ich denn hingehen sollen, als staatlich attestierter Halbidiot? Hätten Sie im Westen einen Hundefänger gebraucht, wo mit geschönten Papieren handelt? Also, schauns mich nicht so vorwurfsvoll an. Ich war ja nicht der einzige, wo geblieben ist in Prag, nach der Okkupation, und trotzdem kein Stalinist war. Ja, manche, wie der Havel waren im Gefängnis - zeitweilig -, des hätt mir auch passiern können, wenn ich net aufgepaßt hätt mit meim Handel.

Aber Sie bringen mich ganz von meinem Thema ab. Interessiert es Sie gar nicht, wie der Bush dem Saddam noch einmal, eine letzte, also wirklich die allerletzte Chance gegeben hat, nach dem 5.Februar?«

(aus: Auf, nach Kabul! Auf, nach Bagdad! Neues vom braven Soldaten Schweyk im Kampf gegen den Internationalen Terrorismus...., edition choriner ende 2013)

HARTMUT LINDNER

Gewaltfreie Umgangsformen

Eberswalde (prest-ew). Im Jugendclub »Club am Wald« können Jugendliche ab sofort Formen gewaltfreien Umgangs erlernen. Während des sogenannten Antigewalt- und Kompetenz-Trainings sollen Selbstwert und Bewußtsein der Teilnehmer über ihr Handeln gestärkt werden. Thomas Lathan, Jugendsozialarbeiter der Stadt, will als Antigewalttrainer das Selbstbewußtsein seiner Lehrgangsbesucher aufbauen. Friedliche Handlungsalternativen sollen Schlägerkarrieren einen Neustart ermöglichen.

Solch ein Ziel beansprucht einen langen Atem, den Thomas Lathan bereit ist, aufzubringen. Während seiner Ausbildung konnte er von den Einsichten erfahrener Streetworker aus Hamburg und dem Berliner Projekt Gangway lernen. Seine ersten eigenen Schritte als Antigewalttrainer machte er mit straffälligen Jugendlichen in der Hauptstadt, die ihn positiv überraschten. »Zu erkennen, daß selbst auf den ersten Blick Unbelehrbare ihr Verhalten wandelten, war beeindruckend. Mich hat der hinterfragende Ansatz des Antigewaltkonzepts überzeugt. Dabei arbeite ich ohne Druck. Stattdessen ist mir das Vertrauen der Teilnehmer wichtig«, so Lathan. Verlässliche Beziehungen und wertschätzende Akzeptanz seien gerade für aggressive

Menschen völlig neue Erfahrungen. Solche Erlebnisse könnten die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit sich selbst und zur Veränderung fördern.

»Das Nachdenken über die eigenen Strategien und wie sie entstanden sind, sind ein wichtiger Schritt, friedvolle Handlungsalternativen zu akzeptieren. Warum schlage ich zu? Könnte ich friedlich mehr Akzeptanz erreichen?« Auch wenn Einzelgespräche möglich sind, strebt der Antigewalttrainer die Begleitung einer Gruppe von bis zu acht Teilnehmern an. Er übernimmt darin die Rolle eines Moderators. »Kernelement meiner Methode ist«, sagt der Sozialarbeiter, »meinen Klienten Einsichten zu vermitteln, wie sie sich mit der Bereitschaft zur Gewalt in ihrer Lebenswelt eingerichtet haben«. Persönliche Erlebnisse mit Gewalt sollen aufgearbeitet werden. Andere Denkprozesse und Verhaltensweisen ermöglicht werden. Ziel sei es, den Teilnehmern die Kompetenz mit auf den Weg zu geben, künftig in Konflikten selbstbeherrscht und gewaltfrei zu handeln. Im Frühjahr möchte der Jugendsozialarbeiter mit einer ersten Gruppe in das Antigewalttraining einsteigen. Interessenten können sich direkt an Thomas Lathan wenden (Tel. 03334/33004).

In Artikel 19 heißt es unter anderem:

»(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.«

Sehr gut. Das zähle ich zur Substanz des Grundgesetzes. Versteht sich eigentlich von selbst: Was »Grund« ist, darf in seinem Wesen nicht angetastet werden. Doch zuvor in Absatz (1) wird vorausgesetzt, daß das Grundrecht durch Gesetze eingeschränkt werden kann. Naja, an dergleichen wird auch jede Volksversammlung denken müssen, denn das Zusammenleben der Bürger kann nicht allein durch zwei Dutzend Grundrechte geregelt werden. Da müssen sich die Bürger zu helfen lernen. Doch wenn im GG von »Gesetzen« die Rede ist, sind immer »Gesetze« gemeint, die von Parteien gemacht werden. Da liegt der Hase im Pfeffer! Damit kommen wir zu GG Artikel 20. Springen wir gleich zu Absatz 2:

»(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.«

Das ist wunderbar. Das ist Substanz. Das wollen wir bewahren. Schon in der Weimarer Verfassung von anno 1919 stand das drin. Doch das Volk erlitt Schießereien durch sogenannte Freikorps, das waren Banden aus der Welt des abgedankten Kaisers. Das Volk erlitt auch eine schwere Inflation, Abkehr von der 48-Stunden-Arbeitswoche, die 1918 erkämpft worden war. Das Volk erlitt Verschwendung von Steuergeldern durch beginnende Aufrüstung, Wirtschaftskrise, Massen-Arbeitslosigkeit, und ganz legal wurde von Reichspräsident Hindenburg – und von wem noch? – Hitler in den Sattel gehoben.

Schon ehe es zum Äußersten kam, hatten Demokraten gelästert: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Und wo geht sie hin?« Gesetze aber waren von Parteien gemacht worden. Und deshalb heißt auch heute der 2. Absatz in seiner Vollständigkeit:

»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.«

Peng! Das Volk gibt also in Wahlen seine Stimme ab, wirft sie in den Zettelkasten, der »Wahlurne« genannt wird, und Abstimmungen haben bundesweit ohnehin nie stattgefunden. Doch das Grundgesetz wird noch deutlicher:

»Artikel 21 (Parteien)

(1) Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.....«

O weh! Seit 64 Jahren wirken Parteien bei der Willensbildung des Volkes mit. Und was ist herausgekommen? Rund ein Drittel der Wahlberechtigten geht gar nicht mehr zur Wahl. Weitere Wahlberechtigte haben den Wahlzettel ungültig gemacht, weil sie die Parteien gar nicht mehr mögen. Und ein Teil der abgegebenen Stimmen sind außerdem so gut wie ungültig wegen der 5-Prozent-Hürde. Die Parteien CDU und SPD – vor allem sie – haben das Grundgesetz zu verantworten: War das nicht listig, wie sie gehandelt haben? Anfangs hatten sie Glück. Der Marshall-Plan half ihnen, den

Bundestagswahl 2013 – und was dann? (Teil 4)

Grundrecht und Parteienherrschaft

von Dr. Rainer Thiel

Wir haben schon mehrere Artikel des Grundgesetzes (GG) inspiziert. Springen wir jetzt zu den Artikeln 19 und 20.

sozialen »Wohlfahrtsstaat« auszurufen, um einen Wall gegen den Osten aufzurichten zu können, jawohl gegen den Osten, wo das überdimensionale Vermögen vergesellschaftet worden war.

Parteien sollen also bei der politischen Willensbildung mitwirken. Das ist zumindest listig. Denn »mitwirken« kann vielerlei bedeuten: Wenn zum Beispiel ein Pferdewagen bewegt werden soll, dann kommt es auf den Kutscher an, wohin der Wagen rollt. Und falls keine Pferde vorgespannt sind, kann das bedeuten: Das Volk greift mit aller Kraft in die Speichen, damit der Wagen rollt, und Parteien fassen die Deichsel an, damit der Wagen dorthin rollt, wohin Parteien wollen. Die Kraft geht vom Volke aus. Doch wo geht sie hin? Da sind wir wieder bei Absatz 2 »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.« Und wo geht sie hin?

Ja wohin? Und noch ein Vergleich: Den Willen von Menschen kann man durch Reklame, durch Werbung, durch Funk und Fernsehen beeinflussen, bis zur totalen Steuerung. Dafür werden sogar Journalisten ausgebildet. Und Werbung wirkt bei der Willensbildung mit. Was bleibt dann noch vom eigenen Willen?

Deshalb hat das Volk mit dem eigenen Willen seine Probleme. Die Leute arbeiten in Werkstätten und Fabriken, in Büros und Banken, einstmals 48 Stunden, und heute immer noch 40 Stunden, um ihre Familie zu versorgen. Jeden Tag brauchen sie ein oder zwei oder drei Stunden, um zum Arbeitsplatz und wieder heimwärts zu kommen. Der Job verlangt nicht nur ihre volle, konzentrierte Aufmerksamkeit für die Dinge, die sie produzieren, oder für die Waren, die sie verkaufen, oder für die Papiere, die sie beschreiben. Und wenn sie nach Hause kommen, sind sie erschöpft und sinken aufs Sofa, um sich endlich mal ablenken und vergnügen zu lassen.

Das Volk will seine Jobs. Aber ihr Job nimmt ihnen die Zeit und die Kraft, die Probleme der Gesamtheit aller ihrer Kollegen im Land zu durchschauen. Die Gesamtheit als Ganzes!

Und das Ganze ist stets mehr als die Summe der Teile. Tausend Ziegel sind noch kein Haus. Tausend Metall-Teile sind noch keine Uhr oder Maschine. Und selbst eine Million fleißiger Menschen ist noch keine Gesamtheit von Menschen. Wie soll da Verständnis für die Gesamtheit, das Ganze, entstehen? Dazu müßte man auch Bücher lesen können. Man müßte sogar herausfinden können, was ein »gutes« Buch ist oder nur ein »ablenkerisches« oder gar ein »verführerisches«.

Das Beste wäre: gründliche Bildung durch gute Schulen für jedermann. Doch o weh. Es

klappt nicht mal mit dem Lesen und dem Schreiben kurzer Texte. Millionen Menschen in der Bundesrepublik haben das gar nicht erlernt. Selbst wer nicht als Analphabet gilt, hat keine Liebe für Bücher erworben, und eine Nachricht als eMail zu tippen fällt den meisten Bürgern schwer. Ich konnte das viele Jahre lang beobachten. In Einzelfällen konnte ich helfen. Ich mußte mir nur viel Zeit nehmen. Zum Glück bin ich ja Rentner und habe viele Jahre lang studiert. Wenn das nur viele studierte Rentner so machen würden wie ich. Ach, dürfte ich davon erzählen! Und in einem großen Verlag in Millionen-Auflage herausbringen!!! Aber erstmal darf ich aus meinem kleinen Erfolg schließen, messerscharf: Jeder Mensch ist von der Natur mit Intelligenz ausgestattet. Jeder Mensch ist lernfähig!!! Da wollen wir mal sehen, was das mit Grundgesetz und den Parteien zu tun hat.

Doch zuvor ein Blick in eine solide Zeitung vom 9. Oktober 2013: »Jeder sechste Deutsche liest wie ein Zehnjähriger« So lautet die Hauptüberschrift. Dann kommt der Untertitel: »Viele Menschen scheitern selbst an einfachen Texten«. Und nun der Knüller: »In kaum einem anderen Land hängt die Lesekompetenz so sehr vom Bildungsstand der Eltern ab wie hierzulande.«

Die Zeitung, aus der ich hier zitiere, stützt sich auf internationale Recherchen und berichtet dann auch noch: »Die Nachteile einer geringen Schulbildung machen sich bei den meisten Menschen ein Leben lang bemerkbar, etwa in geringem Verdienst, höherem Risiko arbeitslos zu werden, und dem Fehlen von Weiterbildungsangeboten.« Dank Dir, Märkische Oderzeitung, daß Du das am 9. Oktober 2013 auf der Mitte Deiner Seite 1 hast drucken lassen. Mit Kommentaren auf Deiner Seite 2 hast Du das dem Leser noch mal aufgebürdet. Danke, danke, danke.

Doch auch die Märkische Oderzeitung bleibt beim Bildungsstand der Eltern stehen. Deshalb will ich noch eins draufsetzen: Der Bildungsstand der Eltern vererbt sich meist von Generation zu Generation. Die meisten Eltern, Großeltern, Urgroßeltern und so weiter waren Knechte, auf den Gutshöfen, in den Fabriken und sonst wo. Sie wurden nur nicht mehr Knechte genannt, sondern »Arbeitnehmer«. Sie waren gezwungen, ihrer Hände Arbeit zu geben, auch wenn man sie »Arbeitnehmer« nennt.

Jetzt müssen wir erst mal durchatmen. Und danach geht es weiter in der nächsten Ausgabe. Da kommen wir auf das Eigentum, auf die Parteien, auf die Gesetzgebung und auf das Grundgesetz zurück.

Fortsetzung folgt

Räkeln als Haltung

Zum Versagen des Moritz Bleibtreu

Daß Mimen, auch solche mit einigem Ruf, nicht unbedingt identisch sind mit denen, die sie in guten und schönen Rollen verkörpern, weiß jeder. Und doch wünschte man sich – der eigenen Naivität durchaus bewußt –, es wäre so. Und man weigerte sich zu glauben, daß der kühne Gerechtigkeitskämpfer, den Manfred Krug in vielen Filmen gab und sein Liebling Kreuzberg und der großartige Jazzsänger sich im realen Dasein als hartherziger Hund verhielt und säumige Mietzahler kurzerhand aus seinen Häusern schmeißen ließ. Oder einem armen Würstchen von Berufskraftfahrer in einem Streit um Vorfahrtsrechte ein paar Zähne ausschlug. Daß der wuselnde Gemütlings Hans Moser ein krankhafter Geizhals war und der singende Cowboy Dean Reed privat ein depressives Häufchen Elend und der Stasispion Armin Müller-Stahl eigentlich ein Hasser des Ulbricht-Systems, sind Tatsachen, tatsächliche oder ein wenig eingefärbte, die nichts anderes besagen, als daß unsereins die Rolle, die gespielt, und das Private nicht so in einen Topf werfen dürfen. Verstellung, je intensiver, desto gekonnter, ist das Gewerbe der Schauspieler. Daß anlässlich der üblichen Autogrammstunden nach Filmpremieren die Mörder weniger als die Kommissare um ein Signum gebeten werden, sieht man von Ausnahmestellern wie etwa Mario Adorf ab, ist allerdings ein Indiz für das »Unvermögen eines breiten Publikums«, seine Sympathien allein nach künstlerischen Kriterien und nicht »typengerecht« zu äußern.

Was aber den Leuten im Lande, uns also, zugestanden werden muß, ist ein Urteil oder, milder formuliert: eine Meinung, zu dem Auftreten von Darstellern, wenn sie ungeschminkt und maskenlos Mitwirkende sind, quasi aus ihren Rollen fallend und unsouffliert sich öffentlich zeigen. Rechtens erwartet man dann eine Haltung, zeigend, wes Geistes und welcher Ansichten der/die Betreffende wirklich ist. Wenn Typen wie der weitbeschreite Scherzkeks Otto W. es nicht schaffen (wollen), jenseits ihrer Rolle auch nur einen Satz Normaltext zu formulieren, egal ob in einem Interview oder während einer der zahl- und zahnlos gewordenen Talk-Shows, dann wirkt das nicht lustig, sondern nur noch peinlich.

Noch peinlicher wird es allerdings immer dann, wenn jemand »Prominentes« die Klappe hält in Situationen, die zum Widerspruch – und sei es nur aus solch profanem Grund wie

menschlicher Anstand – geradezu provozieren. Reden wir nicht vom Serienhelden und Oderbruchtheaterbetreiber Rühmann, der einverstantig nickte als »uns« Kati Witt in einer der Quasselrunden vom hohen geistigen Anspruch faselte, den sie bei einem Besuch der BILD-Redaktion gespürt habe. Und lassen wir den von allen guten Geistern verlassen Wilfried Glatzeder aus, der vom legendären Paul zum Madenfresser absank und so exemplarisch die größtmögliche Distanz von Rolle und Realen markierte. Zum Ergetzen von acht Millionen glotzender Halbidioten. Eine Quotenmenge, die man zu glauben sich weigert, obwohl sie nicht vom ADAC errechnet wurde.

Reden wir von einem Schauspieler, Sohn einer berühmten Mutter, talentiert und als jugendlicher und später reiferer Liebhaber oft besetzt und mit interessanter Vita, reden wir von Moritz Bleibtreu. Der saß neben Sahra Wagenknecht, als Markus Lanz, die Allzweckwaffe des ZDF, drauf und dran war, die rote Hexe verbal zu massakrieren. Unterstützt vom ewigen Vizechef des »Stern«, einem gewissen Herrn Jörges, der seit Jahren die politische Großwetterlage objektiv kommentiert und dabei sorgsam auf die jeweilige Hauptwindrichtung achtet. Während Lanz sich überbot in seinen Flegelien, die ihm geistig weit überlegene Sahra Wagenknecht mit Fragen bombardierte, deren Beantwortung er nicht zuließ, und schließlich sogar das Publikum abkanzelte, weil das der Linken applaudierte, während dieser hochnotpeinlichen Zehnminutenattacke also lümmelte Bleibtreu gelangweilt in seinem Sessel, räkelte sich in flezigen Posen und demonstrierte überdeutlich Desinteresse. Nichteinmischung angesichts eines besonders krassen Falls von öffentlich-rechtlicher Entwürdigung, Weggucken als Haltung. Einem anderen Gast der Sendung, einem ziemlich unbekanntem Sachbuchautor, blieb es vorbehalten, dem Amokläufer aus den Südtiroler Bergen wenigstens andeutungsweise dessen Gegeifer vorzuhalten. Bleibtreu wurde erst wach, als es um ihn und dann nochmals um ihn ging, in höchstgelegener Sache. Heißa, wie er das plappern konnte. Ununterbrochen vom Rüdling Lanz, der ganz schnell von Schmähung auf Geschmeidigkeit umgeschaltet hatte.

Moritz Bleibtreu mag ein bemerkenswerter Schauspieler sein, sein wahres Gesicht hat er im Januar 2014 verloren.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Saxophonquartett im Salon

Liebe Freunde der klassischen Musik, es ist nun schon ein kleiner Geheimtip: Die Salonkonzerte im Atelier der Künstlerin ANTOINETTE im Rofinpark. In sehr familiärer Atmosphäre können Spitzenmusiker hautnah im Atelier von Antoinette bestaunt werden und man kann nach erlebtem Konzertgenuß bei einer Suppe und einem Glas Wein mit den Musikern oder den anderen Konzertgästen plaudern. Am **14. Februar** ist es wieder einmal so weit. Es spielt ab **19 Uhr** das ARCIS Saxophon Quartett (<http://arcissaxophonquartett.de>). Wegen der vorzubereitenden Suppe und Getränke wird um Anmeldung gebeten unter einladung@antoinette-kunst.de oder 03334/2595882. **VERONIKA BRODMANN**

Wandertips

von BERND MÜLLER

Heimatchmittag

Volksmusik von Hüttenwirt Klaus Schluchter

16. Februar 2014, Sonntag

Ein musikalischer Heimatabend mit gemeinsamer freier Volksmusik wird garantiert für Stimmung sorgen. Das tolle Ambiente im neuen Bürgerhaus von Bralitz und die bodenständige Musik von Klaus Schluchter und Renate Adrian (Gitarre und Mundharmonika) wird sicher begeistern. Eine musikalische Wanderung in Gedanken über die Freienwalder Höhen lädt zum schunkeln ein. Weitere Musiker sind angefragt. Für Kaffee und Kuchen ist gesorgt. Ein Fahrservice kann auf Wunsch organisiert werden. Die Karten können telefonisch bestellt oder an der Abendkasse erworben werden. Wir bitten in jedem Fall um rechtzeitige Reservierung der begrenzten Karten unter 03344/333200!

Treff: 15 Uhr Dorfgemeinschaftshaus Bralitz, Hauptstr. 3, 16259 Bad Freienwalde OT Bralitz
Gebühren inklusive Stück Kuchen/Tasse Kaffee: Erwachsene 8 Euro, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. 4 Euro.

Über die Berge zum düsteren Grund

2. März 2014, Sonntag

Klaus Schluchter führt auf einer 10 km Wanderung über die Berge des Oberbarnim zum düsteren Grund. Das Landschaftsschutzgebiet Freienwalder Waldkomplex, ein romantisches Wandergebiet mit wechselndem Waldbestand, lädt förmlich zum Wandern ein. Kaffeezeit in der Köhlerei ist eingeplant.

Treff: 13.30 Uhr Bahnhofsvorplatz Altranft, Alte Heerstrasse, 16259 Bad Freienwalde.

Wir bitten um Anmeldung unter 03344/333200 oder wandermueller@aol.com.

Wenn nicht anders angegeben werden folgende Gebühren erhoben: Erwachsene 2,20 Euro, ermäßigt Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber 1,10 Euro, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Sorgenfalten der roten Oma

5.000 deutsche Soldaten sind zur Zeit in etlichen Kriegsgebieten der Welt im Einsatz und das, obwohl die Mehrheit der BRD Bürger gegen Auslandseinsätze sind. Aber dem frommen freiheitsliebenden Herrn Gauck reicht das nicht, er betrachtet das als Zurückhaltung der deutschen Bundeswehr. Gauck im Einklang mit der frisch gebackenen Verteidigungsministerin.

Wenn Zurückhaltung nicht gut sein soll, gebe ich ihnen sogar recht, denn die friedliebenden Menschen halten sich schon viel zu lange zurück, statt den immer frecher werdenden Kriegstreibern die Schranken zu weisen und bei Kriegshetze ihnen das Maul zu verbieten.

Frieden für Menschen (gleich welchen Glauben sie haben) für Tiere, Umwelt und Natur. Dafür alle Anstrengungen und Wissen. Stoppt die Rüstung! Vertreibt bitte die Sorgenfalten der roten Oma.

ELISABETH MONSIG

Tanzcafé im »Bahnhofstreff« Finow:
Einmal im Monat immer dienstags steht das Tanzcafé im »Bahnhofstreff« Finow auf dem Programm. Nächste Termine sind der 4. März und der 8. April. Beginn ist jeweils 14 Uhr.

Angebote im »Bahnhofstreff« Finow:
Die ehrenamtliche Bibliothek Finow offeriert von Montag bis Freitag eine Vielzahl von Angeboten aus Belletristik, Reise- und Kinderliteratur. »Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334-383586

Choriner LandSalon e.V. zeigt den Film:

Experiment Energiewende

Der Choriner LandSalon e.V. lädt herzlich zu einer Film- und Diskussionsveranstaltung am Sonnabend, dem 22. Februar 2014, 19.30 im Historischen Bahnhof Chorin ein.

Wir zeigen im Rahmen der Brandenburgischen ökofilmtour den Dokumentarfilm:

Experiment Energiewende - Deutschlands einsame Revolution

und diskutieren im Anschluß daran mit Hans Thie, Mitarbeiter der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, und der bündnisgrünen Bundestagsabgeordneten aus Brandenburg Annalena Baerbock über die aufgeworfenen Probleme und Perspektiven der Energiewende.

Der Film (75 Minuten) von Dirk Laabs und Michael Wech, 2013 für das ZDF und Arte produziert, zeigt, wie umkämpft die »Energiewende« ist und welche Paradoxien inzwischen entstanden sind: Fallende Preise an den Strombörsen bei steigenden Strompreisen für die privaten Haushalte und mittelständischen Betriebe; hoher CO₂-Ausstoß trotz wachsender Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen. Merkels Energiepolitik steht an einem Wendepunkt.

Der Film blickt hinter die Kulissen des politischen Kampfes um die Zukunft des deutschen Energiemarkts – es geht um milliardenschwere Umsätze. Da die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen sich rasanter entwickelt hat als erwartet, brechen den etablierten Stromkonzernen die Umsätze immer schneller weg. Auch viele europäische Nachbarn betrachten die deutsche Energiepolitik skeptisch. Der europäische Handel mit CO₂-Zertifikaten, der vor allem Braunkohlekraftwerke unrentabel machen sollte, ist zum Erliegen gekommen. So kommt es, daß gerade die ältesten, abgeschriebenen Kohlekraftwerke neben Atomkraftwerken momentan mit ihren Exporten das meiste Geld in der Branche machen.

Der Film beleuchtet technische, wirtschaftliche und politische Aspekte des Themas und läßt die verschiedenen Interessenvertreter zu Wort kommen.

Für Imbiß und Getränke sorgt in bewährter Weise das Lindenblatt-Bistro. Der Eintritt ist frei. Spenden für die ökofilmtour sind willkommen.

FRANK ADLER

Öffentliche Rentensprechstunde

Jeden 2. Mittwoch im Monat, 10 - 13 Uhr. Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde. Dr. Ruth Sommerfeld gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Der nächste Termin ist der 12. Februar.

ANDREA HOEHNE, Volkssolidarität Barnim

Konzert mit KRISPIN

Am Samstag, 15. Februar, um 20 Uhr gastiert erneut die Berliner Band KRISPIN mit ihrem herzerwärmenden deutschen Akustikpop im Heidekrugsaal in Joachimsthal. Sie spielen Songs von ihrem aktuellen Album »gegen die uhr« und andere Stücke.

»Das Album von KRISPIN gefällt auf Anhieb, schöne Texte und mal nicht die übliche Gitarren(deutsch)rock-Geschichte, sondern ein anderer, eigener Sound - der mich manchmal schon an Element Of Crime erinnert.« schreibt Birgit Fuss von der Musikzeitschrift »Rolling Stone«.

Einlaß ab 19 Uhr. Der Eintritt beträgt 10 Euro.

Wir würden uns freuen, Sie an diesem Abend im Heidekrugsaal begrüßen zu dürfen.

Ihr HEIDEKRUG-Team

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal. Telefon (033361) 645 48 48 · Telefax: (033361) 71542 · E-Mail info@heidekrug.org · Web www.heidekrug.org

Bereits seit dem 9. Februar ist im Heidekrugsaal eine neue Fotoausstellung zu sehen, die einen kleinen Einblick in unsere heimische Wildtierwelt ermöglicht. Gestaltet wird die Ausstellung von den gelernten Forstwirten und Hobbyfotografen Michael Engel und Tim Steinert. Sie sind seit eineinhalb Jahrzehnten in unseren heimischen Wäldern mit der Kamera unterwegs und erbeuteten so manches Foto.

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und .../bbp-blog/

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Brunner, Markmann (4), A. Westendorff, Ziemann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 6. Februar 2014

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 6. März 2014.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)
- Ich möchte die Lesergruppe <https://www.facebook.com/groups/bbp.online/> nutzen
- Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)